

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgetragene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 21. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Unsre Postabonnenten wollen umgehend das Abonnement erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Ein vorbildlicher Versuch.

Oesterreich ist gewiss kein Land, dessen staatliche Einrichtungen im allgemeinen für andre Länder mustergültig sein können. Auch ist die Industrie in Deutschland weiter entwickelt als in Oesterreich. Um so beschämender ist es für unsere offizielle Socialpolitik, daß sie in manchen wichtigen Fragen sogar von Oesterreich überflügelt worden ist. Diese Thatsache wird uns durch den soeben erschienenen „Bericht über die Thätigkeit des k. k. arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministerium seit seiner Errichtung bis Ende 1900“ vor Augen geführt.

Bei uns in Deutschland haben sich die Regierungen noch immer nicht darüber schlüssig machen können, wie den wiederholt ausgesprochenen Wünschen des Reichstags nach Schaffung einer geeigneten Reichsstelle für Arbeiterstatistik zu entsprechen ist. In Oesterreich dagegen hat das „arbeitsstatistische Amt“ seine Thätigkeit bereits am 1. Oktober 1899 begonnen und seitdem — seiner Aufgabe gemäß — „für die Zwecke der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung und Verwaltung“ mancherlei wichtige „arbeitsstatistische Daten systematisch erhoben und verarbeitet, sowie periodisch veröffentlicht.“ Unter diesen Veröffentlichungen sind außer den Protokollen über die Beratungen, bei denen die Vertreter des „arbeitsstatistischen Amtes“ mitgewirkt haben, zu nennen: Die Ergebnisse der in Oesterreich vorgenommenen Gewerbezahlung; Instruktion, betreffend die Führung der Gewerbeblätter und die Vornahme von Gewerbezahlungen durch die Handels- und Gewerbestammern; Systematisches Verzeichnis der Gewerbe und anderer gewerbmäßig ausgeübter Beschäftigungen für statistische Zwecke der Handels- und Gewerbestammern; Der Arbeiterstand bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen; Die Arbeitseinstellungen und Aussperrungen im Gewerbebetriebe in Oesterreich während des Jahres 1897, 1898, 1899; Stenographisches Protokoll der im arbeitsstatistischen Amte durchgeführten Vernehmung von Auskunftspersonen über die Verhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion; Die Lohnarbeiter der k. u. k. Kriegsmarine; Die Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse der Heimarbeiter in der Kleider- und Wäschekonfektion und namentlich auch die, jetzt im zweiten Jahrgang erscheinende „Soziale Rundschau“. Außerdem ist die Veröffentlichung weiterer bedeutungsvoller Arbeiten in der nächsten Zukunft zu erwarten.

Diese Leistungen, denen gegenüber die der Kommission für Arbeiterstatistik bei uns in Deutschland sich recht mäßig ausnehmen, sind erreicht, obgleich das arbeitsstatistische Amt doch nur als ein höchst unvollkommener Versuch anerkannt werden kann, und das neue Amt überdies seine Thätigkeit infolge des Rationalitätenshabers in Oesterreich unter sehr ungünstigen Zeitverhältnissen beginnen mußte. Um so wichtiger ist es für uns in Deutschland, an der Hand des amtlichen Berichts festzustellen, wie es möglich war, daß das arbeitsstatistische Amt seine verhältnismäßig recht erfolgreiche Thätigkeit entfalten konnte.

In erster Linie wurde die Thätigkeit des arbeitsstatistischen Amtes durch die andern staatlichen Verwaltungsorgane gefördert in der Weise, daß der neuen Centralstelle Kenntnis von allen wichtigeren socialpolitischen Ereignissen und Verfügungen gegeben wurde. Um ferner genaue Informationen über socialpolitisch wichtige Regierungsaktionen und Vorgänge im Auslande zu erlangen, wurden die österreichisch-ungarischen Missionen und Konsulate zu einer regelmäßigen, eingehenden Berichtserstattung über derartige Vorkommnisse veranlaßt. Endlich konnte das arbeitsstatistische Amt die Dienste der gleichartigen Einrichtungen in Brüssel, London, Paris und Washington in Anspruch nehmen.

Von entscheidender Bedeutung war jedoch das Verhalten der Unternehmer und Arbeiter dem arbeitsstatistischen Amte gegenüber. Dem Projekte, ein solches Amt zu errichten, wurde seitens der zur Vertretung des Unternehmerstandes berufenen Körperschaften — ganz vereinzelte Stimmen abgerechnet — ein principieller Widerstand nicht entgegengebracht. Nachdem aber dem Projekte die Ausführung gefolgt war, wurde „eine reservierte Haltung gegenüber der Institution bemerkbar.“ Ja, als das arbeitsstatistische Amt sich daran machte, etwas Licht in die traurigen Verhältnisse der Bergarbeiter zu bringen, suchten die Bergwerksbesitzer dieses Vorhaben unmöglich zu machen. Der amtliche Bericht drückt sich über diese „ernstliche Differenz“ sehr vorsichtig aus und tröstet sich damit, „daß die Differenz schließlich doch gütlich beigelegt worden ist, wobei die Erfüllung mancher sehr wesentlicher Wünsche des Arbeitsbeirates zugesagt wurde“ — ein Trost, der nach unserer Beobachtung der Dinge wenig begründet ist. Schon das nächste Unternehmen, teilt dann der Bericht weiter mit, die Steinarbeiter-Enquete, konnte ohne jegliche Schwierigkeit durchgeführt werden. Ferner habe das arbeitsstatistische Amt oft Anlaß gehabt, an einzelne Firmen mit verschiedenartigen Ersuchen heranzutreten und dabei jederzeit ein ausreichendes, häufig sogar ein sehr weitgehendes Entgegenkommen gefunden. Trotzdem steht die bezeichnende

Thatsache fest, daß das arbeitsstatistische Amt „aus Unternehmerkreisen fast keinerlei Initiative zu verzeichnen“ hat, während seitens der Arbeiter „verschiedene Anträge und Anregungen zur Verrichtung des Amtes vorgebracht wurden.“ Auch im Verkehr mit den Vertrauenspersonen aus Arbeiterkreisen und mit Arbeitervereinen fand das arbeitsstatistische Amt „ein großes Maß von Bereitwilligkeit, welche zu einer sehr wertvollen Unterstützung der Arbeiten des Amtes führte“.

Am deutlichsten trat der große Wert, den die Mitarbeit der Arbeiter beziehungsweise deren Vertreter hat, in dem sogenannten Arbeitsbeirat zu Tage. Derselbe ist „zur Unterstützung des arbeitsstatistischen Amtes sowie zur Beförderung des gezielten Zusammenwirkens desselben und der Betriebe, auf welche sich seine Wirksamkeit erstreckt“, gebildet worden und besteht aus dem Vorstände des arbeitsstatistischen Amtes, aus dessen Stellvertreter, aus je einem Vertreter der verschiedenen Ministerien sowie des obersten Sanitätsrats, aus dem Präsidenten der statistischen Centralcommission und aus 30 vom Handelsminister ernannten Mitgliedern. Letztere müssen zu je einem Drittel Unternehmer, Arbeiter und solche Personen sein, deren sachmännische Mitwirkung bei den Arbeiten des Beirates wünschenswert ist. Herangezogen wurde der Arbeitsbeirat zur Begutachtung von Fragen, Maßnahmen, Gesetzentwürfen usw., die ihm seitens der Regierung bzw. des arbeitsstatistischen Amtes unterbreitet wurden. Aber auch selbständige Anträge hinsichtlich aufzunehmender Erhebungen sind vom Arbeitsbeirat ausgegangen. In einer solchen Körperschaft, welche Mitglieder von sehr verschiedener und zum Teil sehr ausgeprägter Parteirichtung in sich vereinigt, muß bisweilen, wie der Bericht betont, eine scharfe Hervorhebung des Parteistandpunktes vorkommen, wenn die Beratungen ein wirkliches Spiegelbild der sozialen Strömungen sein sollen. Diese „Parteilichkeit“ wurde zum Vorwand genommen, um die strenge Neutralität des arbeitsstatistischen Amtes in Zweifel zu ziehen und Mißtrauen gegen das Amt und dessen Erhebungen zu erwecken. Solche „Voreingenommenheit“ weist der Bericht als völlig unberodrigt zurück, bemerkt aber dabei ausdrücklich, daß es nicht nur ein unerfüllbares, sondern geradezu ein zweckwidriges Verlangen sein würde, wenn man vom Arbeitsbeirate ein Hindernis über die im socialen Leben nun einmal bestehenden, oft sehr tief reichenden Spaltungen begehren wollte. Was man erwarten könne, heißt es dann in dem Bericht weiter, ist die Ehrdigung auch eines gegenseitigen Standpunktes, ist das ernste Bestreben, über die Differenzpunkte nicht die Berührungspunkte zu übersehen und ein streng sachlicher Meinungsaustausch, da ohne Erfüllung dieser Bedingungen ein fruchtbares Ergebnis gemeinsamer Beratungen nicht zu erhoffen ist. Demgemäß ist denn auch die Erfahrung, welche mit der praktischen Thätigkeit des Arbeitsbeirates gemacht worden ist, „Gerne und dankbar“ erkennt der Bericht an, „daß der Arbeitsbeirat in vielen und wesentlichen Beziehungen dem arbeitsstatistischen Amte zur Unterstützung gereicht hat.“ Aus der Thätigkeit des Arbeitsbeirates sind sehr schätzenswerte Informationen und Direktiven hervorgegangen; seine Verhandlungen haben ferner sehr wesentlich zur Klärung der Stellung der wirtschaftlichen Parteien zu den schwebenden Arbeiten des Amtes beigetragen; sie haben im weiten Maße die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen und damit auch das Ansehen und die Bedeutung des arbeitsstatistischen Amtes selbst gefördert.

Der österreichische Versuch zeigt also, von welcher Bedeutung es ist, daß zur Mitarbeit bei den arbeitsstatistischen Arbeiten auch die Arbeiter in geeigneter Weise herangezogen werden. Wie lange wird es nun noch dauern, bis die offizielle Socialpolitik in Deutschland sich dazu aufschwingen wird, eine Einrichtung, die sich selbst unter den anhergewöhnlich ungünstigen österreichischen Verhältnissen so bewährt hat, auch endlich bei uns ins Leben zu rufen?

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Juni.

Die Kolonialarmee.

Was im Reichstag von untrer Seite wiederholt angekündigt worden ist, wird nunmehr Thatsache. Die Regierung hat auf eigene Faust ohne Befragung des Reichstags eine Kolonialarmee geschaffen. Das bestätigt heute die ministerielle „Berliner Korrespondenz“, indem sie unter dem harmlosen Titel „Standorte der Truppenteile“ mittelt:

Die Truppenteile der Ostasiatischen Besatzungsbrigade werden folgende Standorte erhalten:
Shanghai: Stab, I. und II. Bataillon 1. Ostasiatischen Infanterie-Regiments,
 3. (Gebirgs-)Batterie;
Shanghaiwan: III. Bataillon 1. Ostasiatischen Infanterie-Regiments,
 1 Pionier-Detachement;
Tientsin: Brigade-Kommando nebst Beförden und Anstalten,
 Stab, I. und II. Bataillon 2. Ostasiatischen Infanterie-Regiments,
 Stab und III. Bataillon 3. Ostasiatischen Infanterie-Regiments,
 Eskadron Jäger zu Pferde,
 Stab, 1. und 2. Batterie der Ostasiatischen Feldartillerie-Abteilung ohne den nach Peking detachierten Teil.

Pionier-Compagnie ohne die nach Shanhaitwan, Pantium, Langfang und Peking detachierten Teile,
 Traincompagnie;
Peking: III. Bataillon 2. Ostasiatischen Infanterie-Regiments,
 1 Feldartillerie-Detachement,
 1 Pionier-Detachement;
Pantium: I. Bataillon 3. Ostasiatischen Infanterie-Regiments,
 1 Pionier-Detachement;
Langfang: II. Bataillon 3. Ostasiatischen Infanterie-Regiments,
 1 Pionier-Detachement.

Wenn man auch die augenblicklichen Besatzungen der Orte in der Provinz Peking allenfalls als Konsequenzen des asiatischen Raubzugs auffassen kann, für den nun einmal der Reichstag die Verantwortung übernommen hat, so ist die Befragung von Shanghai mit einer deutschen Truppe von etwa 1000 Mann ein völlig neues Unternehmen, das in keinem Zusammenhang mit der Expedition steht. Die Willfährigkeit, mit der der Reichstag die Indemnität für die verfassungswidrige Inscenerung des Raubzugs im Vorjahre erteilte, als Graf Bülow mit seinem holden Freimuth die Schuld bekannte, hat die Regierung desselben Grafen Bülow schleunigst zu einer Wiederholung des Verfahrens veranlaßt. Ja diesmal ist die Verfassungswidrigkeit noch weit schlimmer als im Vorjahre; denn man kann sich nicht einmal auf eine Rollage berufen.

Die Schaffung einer Garnison in Shanghai mag vielleicht den asiatischen Gründungsplänen des Herrn Bülow in den Kram passen, sie ist aber durch keine zwingende Ursache veranlaßt, ja ihre Zweckmäßigkeit ist gerade auch vom Standpunkt der Handelsinteressen mehr wie zweifelhaft. Unter allen Umständen haben wir es hier mit der Schaffung einer Kolonialarmee zu thun, die verfassungswidrig ins Leben gerufen ist. Soll die Regierung wirklich aus freier Machtvollkommenheit provisorisch bewilligte Truppenteile für beliebige Zeit und beliebigen Ort anherhalb Deutschlands (für das allein die Dislokationsrechte des obersten Kriegsherrn verfassungsmäßig gelten) schaffen dürfen, die sie an irgend einem Punkt der Welt stationiert? Heute ist China „Mode“. Wer bürgt dafür, daß man morgen irgendwo in Kleinasien, in Persien, in Brasilien eine deutsche Garnison einrichtet, ohne daß die Volksvertretung auch nur befragt wird? Die Befragung von Shanghai ist der Anfang eines deutschen Ueberweltmilitarismus, der im Innern eine schwere Verletzung der Verfassung bedeutet und in den internationalen Beziehungen den Keim fortwährend gefährlicher Konflikte birgt.

Der auswärtige Handel Deutschlands im Jahre 1900.

Zwei soeben erschienene Publikationen des Kaiserlichen Statistischen Amtes (das zweite „Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches 1901“ und Band 135 der „Statistik des Deutschen Reiches“) bringen eine Uebersicht über die Entwicklung des auswärtigen Handels seit 1897.

Danach ergibt sich für die letzten vier Jahre im Specialhandel folgendes:

	Einfuhr einschl. Edelmetalle:	auschl. Edelmetalle:
	Doppelcentner (1000 M.)	Doppelcentner (1000 M.)
1900:	459 117 993	459 105 949
1899:	446 522 882	446 512 560
1898:	427 298 388	427 287 439
1897:	401 623 189	401 613 129

	Einfuhr einschl. Edelmetalle:	auschl. Edelmetalle:
	Doppelcentner (1000 M.)	Doppelcentner (1000 M.)
1900:	326 817 493	326 813 895
1899:	304 032 268	304 028 634
1898:	300 948 183	300 938 173
1897:	250 199 496	250 194 900

Die Einfuhr hat demnach gegen 1897 einschließlich der Edelmetalle um 1178 Millionen Mark, ausschließlich derselben um 1035 Millionen Mark, die Ausfuhr einschließlich der Edelmetalle um 998 Millionen Mark, ausschließlich derselben um rund 976 Millionen Mark zugenommen.

Gegenüber dem Specialhandel macht der Gesamteigenhandel im letzten Jahre aus:

	in der Einfuhr	in der Ausfuhr
469 828 987 Doppelcentner zu 6 406 129 000 M. einschl.,	6 128 717 000 „ auschl. der Edelmetalle,	
469 811 815 „		
338 090 710 Doppelcentner zu 5 101 436 000 M. einschl.,	4 980 189 000 „ auschl. der Edelmetalle.	

Der Gesamteigenhandel ergibt in Ein- und Ausfuhr zusammen 507 914 697 Doppelcentner zu 11 507 565 000 M. = 11,5 Milliarden einschließlich und 807 898 836 Doppelcentner zu 11 088 906 000 M. = 11,1 Milliarden Mark ausschließlich der Edelmetalle.

Starke Steigerung erfahren u. a. Kohlen, gemalgtes Gold, Rohseifen, Maschinen, Kammingarn, zweibräutiges rohes Baumwollengarn in der Einfuhr, außer Weizen in der Ausfuhr, Aenderpielzeug, Strumpfwaren.

Erhebliche Wiedereinfuhr-Werte brachten u. a. in der Einfuhr Rohgold, Schafwolle, Kupfer, gekämmte Wolle, Kammingarn, Kammingarn, Seeschiffe, in der Ausfuhr Rohguder, feine Lederwaren, gemalgtes Gold, Weißguder, feine Waren aus weidem Kautschuk.

Wit und ohne Edelmetalle waren Ein- und Ausfuhr im letzten Jahrzehnt nie so bedeutend als 1900.

Der Gesamtwert des Specialhandels mit Großbritannien betrug 1900

	in der Einfuhr	in der Ausfuhr
einschließlich der Edelmetalle	840,7 Mill. Mark	912,2 Mill. Mark
ausschließlich	719,2	801,8

Großbritannien nimmt im deutschen Außenhandel die erste Stelle ein. Der Wert der 1900 aus diesem Lande eingeführten und dorthin ausgeführten Waren berechnet sich auf 1762,9 Millionen Mark und einschließlich der englischen Kolonien in der Einfuhr auf 1253,4 Millionen Mark = 20,74 Proz. der deutschen Einfuhr, in

der Ausfuhr auf 1074,7 Millionen Mark = 22,61 Proz. der deutschen Ausfuhr.

Der gesamte Handelsverkehr mit den weiteren Hauptländern weist wesentlich niedrigere Umsätze auf, nämlich mit den Vereinigten Staaten von Amerika 1400,4, mit Oesterreich-Ungarn 1235,1 und mit Rußland einschließlich Simland 1088,6 Millionen Mark.

Hauptexportware aus Großbritannien ist wie auch im Vorjahre Garn der verschiedensten Art, von welchem für 150,8 Mill. Mark gegen 146,1 Millionen Mark im Vorjahre eingingen. An hartem Kommgarn z. B. für 92,4 Millionen Mark, an Streichgarn z. B. für 10,5 Millionen Mark, an tohem einträchtigen Baumwollengarn für 16,5 Millionen Mark und an dergleichen zweidrähtigen für 32,5 Millionen Mark.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am Donnerstag die Vorlage betreffend die auf der Haager Friedenskonferenz am 29. Juli 1899 unterzeichneten Abkommen und Erklärungen zur Kenntnis genommen. Den Gesetzentwürfen für Elsaß-Lothringen betreffend a) die Kapitalsteuer, b) die Lohn- und Besoldungssteuer, c) die Verwendung der Erträge der Kapitalsteuer und der Lohn- und Besoldungssteuer sowie die Erhebung der Bezirkszuschläge wurde in der Fassung der Beschlüsse des Landesauschusses die Zustimmung erteilt.

Felger Rückzug.

Die „Deutsche Tageszeitung“ versucht sich heute mit der folgenden Sammlung von Dreifachgeleiten aus der Affaire zu ziehen:

„Fast die gesamte Presse hat je nach ihrer Parteistellung mit stillem Schmunzeln oder in erblicher Entschlossenung von den vergeblichen Versuchen des „Vorwärts“ Kenntnis genommen, die dieser angestellt hat, um dem Bunde der Landwirte etwas an Fänge zu fischen. Neugierig lauschte es dabei auf uns, daß der „Vorwärts“ sich ein Angriffsgebiet ausgesucht hat, auf welchem die Socialdemokratie allerdings die reichsten Erfahrungen hat. Er sprach von Subventionierung von Abgeordneten durch den Bund. Die Socialdemokratie zählt bekanntlich ihren Abgeordneten von Partei wegen Diäten und diese Diäten sind, wie wir es ordentlich belannt, ein Hauptgrund, warum die Reichstags-Verhandlungen sich immer so außerordentlich in die Länge ziehen, die socialdemokratischen Abgeordneten müssen eben durch langwierige Reden ihr Geld verdienen, oder aber — wie natürlich nur bei Jungen behaupten — um möglichst lange in dem Genuss dieser Diäten zu bleiben, halten sie lange Reden und ziehen die Verhandlungen nach Möglichkeit in die Länge zu ziehen. Nunmehr hat der „Vorwärts“ einen feigen Rückzug angetreten. Er fürchtet, daß die Debatte mit der „Deutschen Tageszeitung“ zweifelslos sein wird und empfiehlt, an anderer Stelle die Bundeshaupter direkt zu befragen, an einer Stelle, wo es nicht möglich ist, sich hinter der Hoffnung des Unbeweisbaren zu verbergen.“ Im bürgerlichen Leben würde man ein solches Vorgehen, wie es der „Vorwärts“ sich geleistet hat, eine gemeine Verleumdung nennen, in dessen muß man den Socialdemokraten mildernde Umstände zuerleihen. Sie können es sich eben nicht denken, daß jemand aus reiner Lieberzeugung für eine Sache eintritt, und wittern nach den in ihrem Lager gemachten recht reichlichen Erfahrungen überall „Bestechungen“ usw. Daß sie bei anständigen Leuten mit solchen Verleumdungen kein Glück haben, ist selbstverständlich, und ob die andre Kategorie von Leuten den Gemeinheiten der socialdemokratischen Presse Weisheit zollt, kann dem Bunde und uns vollkommen gleichgültig sein. Somit ist für uns die Sache abgethan, die durchaus geeignet ist, die Socialdemokratie in einer sehr wenig schmeichelhaften Beleuchtung als hinterlistig und feige zu zeigen.“

Ganz dumme Leute, die ja das Bundesorgan unter seinen Lesern zählen wird, mögen wohl durch diese Schimperei verwirrt werden. Jeder, der zu lesen versteht, sieht aber in diesem langwierigen Gerede das völlige Schuldbekenntnis. Mit keinem Wort wagt das Blatt unsre klipp und klar gestellte Frage zu beantworten. Es wagt es nicht zu leugnen, daß der Bund in politischen Parteien subventionierte Agenten unterhält — es schimpft sich recht ungeschickt um die brennende Frage herum, wie es immer noch nicht den Fall Bauer auch nur mit einem Worte streift. Damit bestärkt die „Deutsche Tageszeitung“ in jeder Silbe unsre Mitteilungen. Das genügt uns vor der Hand.

Die org die geistige Verwirrung ist, in die unsre Feststellung das Blatt getrieben hat, geht aus dem tolen Versuch hervor, die Machinationen des Bundes mit der legitimen Diätenzahlung auf eine Stufe zu stellen. Wenn die Socialdemokratie socialdemokratische Abgeordnete unterhält, so ist das ein völlig einwandfreies Verfahren. Jedes Parteitag-Protokoll giebt ziffermäßige Auskunft über die Ausgaben für den Reichstag. Anders verfährt der Bund der Landwirte. Er hält die Verwendung seiner Einnahmen auch vor den eignen Mitgliedern in strengstem Geheimnis und er begnügt sich nicht damit, die bündlerischen Agitatoren, die Dertel, Dahn, Wangenheim zu bezahlen — dagegen könnte kein Mensch etwas einwenden, sondern er unterhält Geheimagenten des Bundes in andren Parteien, so im Centrum außerhalb des Parlaments, so — „auf der rechten Seite des Reichstags“. Man kann da allerdings begreifen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ nicht weiß, was sie schreiben und schimpfen soll. Denn bei ihren Beziehungen zum Gesamtverband des Bundes, dessen Mitglieder schwerlich ihre Namen unter eine dementierende Erklärung gegen den „Vorwärts“ setzen werden, ist sie natürlich ganz genau unterrichtet, daß wir die Wahrheit mitgeteilt haben.

In ihrer Not findet die „Deutsche Tageszeitung“ nur einen freundwilligen Helfer — die katholische „Germania“. Auch sie spricht von feigen Drüden, meint, die „Deutsche Tageszeitung“ werde schon gern statt des Ausdrucks „unbeweisbar“, „falsch“ legen — was sie wohlweislich unterlassen hat — und stellt das naive Verlangen, daß wir im Falle Bauer noch besondere „Beweise“ bringen müßten. Den zwingenden Beweis hat bereits der Bund selbst gebracht, indem er schweig. Außerdem steht ja dem Centrumsmann Bauer der übliche Weg zur Verfügung, auf dem solche Angelegenheiten klar gestellt zu werden pflegen und allein klar gestellt werden können, sofern der Schuldige nicht bekümmert. Die Hilfeleistung der „Germania“ ist stilistisch so ähnlich dem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, daß man meinen könnte, sie habe nach dem Wirtensabzug des Bündlerblatts gearbeitet. Man vergleiche die folgenden Sätze der „Germania“ mit dem oben mitgeteilten Erguß der „Deutschen Tageszeitung“:

„Mit dunklen Verdächtigungen zu operieren und dann, wo die Beweise fehlen, heranzutreten, sich drücken, die Aufklärung sogar in eine fernabliegende Zeit, wo der Reichstag wieder zusammentritt, auf andere Schultern abzuwälzen, das ist nicht offene und ehrliche Kompensat, sondern die erbärmliche Verführung hinterlistiger Verleumder. Den Vorwurf, mit seinen Behauptungen über die angeblichen Subventionierungen leidenschaftliche oder böswillige Verleumdungen begangen zu haben, wird der „Vorwärts“ nicht eher los werden, bis er Namen genannt und Weise beigebracht hat.“

Ein ergötzlicher Zufall will es, daß zu gleicher Zeit ein andres im Verlage der „Germania“ erscheinendes Centrumsblatt eine entgegengesetzte Auffassung von der Sachlage bekundet. Die „Wärl. Volkszeitung“ schreibt nämlich:

„Es (das Organ des Bundes der Landwirte) hätte sich sorgfältig, auf die Enthüllungen des „Vorwärts“ irgendwie näher einzugehen, weder bezüglich des ehemaligen Redakteurs Bauer in Bonn, noch hinsichtlich der verdächtigten Reichstags-Abgeordneten. Es spricht nur von unbeweisbaren Behauptungen, die der „Vorwärts“ sich aus den Fingern gezogen habe.“ Das letztere glaubt natürlich kein Mensch, am wenigsten das Bundesorgan selbst, das doch sofort Klarheit schaffen könnte durch die einfache runde Erklärung: „Die Behauptungen des „Vorwärts“ sind nach jeder Richtung hin unwahr, beruhen auf Erfindung.“ Aber eine solche Erklärung kann eben das Bundesblatt nicht abgeben, weil die Sache nicht „ohne“ ist. Andererseits ist es angeichts der klugen und überaus praktischen Durchführung

der Bundesleitung für den „Vorwärts“ nicht leicht, die Namen der subventionierten Abgeordneten zu nennen, beziehungsweise den Beweis zu erbringen, daß sie als Agenten des Bundes bezahlt worden sind. Wichtig aber ist die Sache. Nur sind die Blätter auf dem Holzwege, welche die subventionierten Mitglieder „auf der rechten Seite des Hauses“, unter den Konservativen, suchen. Man kann auf der Rechten sitzen, ohne direkt zu den Konservativen gehören zu müssen. Der „Vorwärts“ richtet heute an das Bundesorgan nochmals die Frage: Ob es ernstlich leugnen wolle, daß der Bund mehrere rechtsstehende Reichstags-Abgeordnete, welche die Kosten ihres Aufenthalts in Berlin aus eigenen Mitteln nicht bestreiten zu können erklärten, subventionierte? Der Bund und sein Organ aber werden, geschüht durch die „geschickte“ Buchung, auch fernerhin — schweigen. Klarheit könnte nur eine Klage bringen.“

Wag sich nun die „Germania“ mit ihrem Schwesterblatt auseinanderzusetzen. Wichtig aber ist die Sache! — und der Bund wird ebenso wenig klagen, wie Herr Bauer-Bonn!

Der Kaiser hat am Donnerstag in Kiel wiederum ein Denkmal enthüllt. Diesmal kein Bismarck-Denkmal, sondern ein Denkmal des sogenannten Großen Kurfürsten. Der Kaiser hielt bei der Enthüllungsfest eine längere Rede, in der er Leben und Charakter des Großen Kurfürsten zur Nachahmung empfahl.

Nur ein Wort in dieser Rede, die sonst den marinerendigen Gedankengang der letzten Cuxhavener Rede fortsetzt, erhebt sich auffällig. Der Kaiser meinte in der Schilderung des Lebenslaufs des Großen Kurfürsten, daß ihm die Mittelwelt und zumal seine Gegner noch bei seinen Lebzeiten den Beinamen des Großen gegeben haben, ein Beinamen, der sonst nach schwerem, verantwortungsvollem Leben dem Herrscher nach dem Tode von seinem dankbaren Volke beigelegt wird.“

Dies ist dem Kaiser ein Irrtum zugeflogen. Der deutsche Kaiser Wilhelm I. erhielt den Beinamen „der Große“ zwar nach seinem Tode, aber nicht vom dankbaren Volke, sondern in höfischen Kreisen. Nicht viel anders ist auch Friedrich Wilhelm von Brandenburg zu seinem Beinamen gelangt.

Chinesische Dokumente. Die „Konf. Korresp.“ wendet sich gegen unsren Hinweis auf die in der „Revue Blanche“ veröffentlichten Briefe von Chinesen, in denen schwerste Anschuldigungen gegen deutsche Soldaten erhoben werden. Sie schreibt unter „Hunnenschwindel“:

„Daß für das socialdemokratische Hauptorgan die Aussagen von Chinesen, so wenig deren Wahrheitsliebe sonst anerkannt zu werden pflegt, von größerer Glaubwürdigkeit sind als die deutschen amtlichen und privaten Berichte, ist nicht weiter zu verwundern. Im das heutige „System“ und namentlich den „Militarismus“ zu verdächtigen, würde die Socialdemokratie ihre Zeugen noch ganz anderswo hernehmen. Ja, sie steht in solchen Fällen nicht an, Zeugenaussagen zu erfinden und ist darum doppelt froh, daß sie sich diesmal wenigstens auf „Gedrucktes“ berufen kann. Der „Vorwärts“ bemerkt zu der französischen chinesischen Veröffentlichung, dieselbe bestätige die Richtigkeit der socialdemokratischen Auffassung, daß gerade Deutschland den erbittertesten Haß der chinesischen Bevölkerung gegen sich erregt habe. Während die Briefschreiber von den Russen — so heißt es schließlich — Hilfe (!) von den Barbaren erhoffen, während sie Feindschaft gegen die übrigen europäischen Nationen hegen, erwidern ihnen die Deutschen als Personifizierung alles Unmenschlichen.“ Wenn ein französisches Chauvinistenblatt derartige „chinesische Dokumente“ gegen Deutschland veröffentlicht, so ist das, in Anbetracht, daß auch die Franzosen unter der chinesischen Christenverfolgung zu leiden hatten, nicht schön, aber immerhin begreiflich. Wenn aber ein „deutsches“ Organ noch dazu triumphierend diese tendenziöse Publikation unterstügt, so ist das verwerflich. Es ist doch klar, daß in jenen chinesischen Darstellungen nur das Echo aus untrer socialdemokratischen Presse widerhallt; wenn nicht etwa die ganze Sache bestellte und bezahlte Arbeit ist.“

Wir haben uns über die Glaubwürdigkeit der chinesischen Behauptungen von Gräueln, die durch deutsche Truppen begangen sein sollen, überhaupt nicht ausgesprochen. Wir geben allerdings über derartige Schwere, uns vor der gesamten gestitzten Welt herabsetzende Anklagen nicht mit der brutalen Leichtfertigkeit des konservativen Blattes hinweg, das mit dem bloßen Schwaß, es werde sich um bestellte Arbeit und um ein Echo aus der deutschen socialdemokratischen Presse handeln, sein christliches Gewissen beschwichtigt. Wir haben deshalb die Herzerleitung auf diese Publikationen aufmerksam gemacht und sie erucht, Aufklärung über jene Beschuldigungen herbeizuführen.

Freilich für ungläubwürdig können wir auch die Angaben in jenen Briefen nicht von vornherein ansehen. Stimmen sie doch überein mit zahlreichen Meldungen deutscher Soldaten. Eine gründliche Untersuchung ist deshalb erforderlich und wir wollen wünschen, daß sich die schweren Anklagen als ebenso unwahr herausstellen, wie die Bemerkung der „Konf. Korresp.“ verlogen ist, daß die Socialdemokratie nicht anstehende „Zeugenaussagen zu erfinden“. Auch der lächerlichste Chinese findet in der „Konf. Korresp.“ im Verleumdern noch den Meister.

Wir stellen ferner fest: die „Revue Blanche“ ist kein Chauvinistenblatt, sondern richtet sich ebenso scharf gegen Ausschreitungen des französischen Militärs wie des nichtfranzösischen.

Christliche Poesie. Von Herrn Pastor Steurich, Sr. Hüter auf Mügen, erhalten wir folgende liebenswürdige Zusendung:

Dem „Vorwärts“ ins Stammbuch.
Zur Enthüllung des Bismarck-Denkmals.
Bismarcks Gedächtnis hast beschimpft du eben
Und gabst uns neu ein Zeichen,
Daß es im Land der Eichen
Auch Schweine müßte geben.

Der Pegaus des frommen Herrn will trotz der Bismarck-Begeisterung nicht recht laufen. Ein bißchen mehr Wig und bessere Verse hätte der Kanzler schon verdient, als in dieser pastoralen Verdächtlichmachung der — Landwirtschaft steht.

Der frühere Vertreter des Wahlkreises Nieder-Barnim, Arnold Löhren, ist am Mittwoch in Berlin im 65. Lebensjahre gestorben. Er vertrat von 1881—1890 den Wahlkreis Nieder-Barnim im Reichstag und gehörte der deutschen Reichspartei an.

Entschuldig. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ melden voll Schreden:

„Aus dem Großherzogtum Hessen wird uns von geschätzter Seite eine Nummer des „Gießener Anzeiger“ zugesandt, in welcher zu lesen ist:

Bibel, 17. Juni. Der hiesige socialdemokratische Verein hielt gestern sein Rahnenweihfest ab. Au dem Festzuge nahmen viele Vereine, im ganzen etwa 2000 Personen teil. Laut Aufschrift eines vorausgetragenen Schildes befand sich im Zuge auch der Gemeindevorstand mit dem Bürgermeister an der Spitze. Dr. David aus Mainz hielt die Festrede.
Im Großherzogtum Hessen sind ja in letzter Zeit mancherlei sociale Erscheinungen hervorgetreten, die andrwärts in Deutschland nicht so leicht möglich wären. Den Herrn Bürgermeister von Bibel lassen wohl die französischen Muster nicht ruhen; seine socialdemokratischen Kollegen, die Bürgermeister von Korielle und Montcau, die eine so hervorragende Rolle bei den letzten großen Streiks spielten, dürften ihm einen Zustimmungsgang widmen.“

Darmstadt, 20. Juni. Die erste Kammer trat heute zu einer kurzen Tagung zusammen. Sie beriet das von der zweiten Kammer an die Regierung gerichtete Eruchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher eine feste Entscheidung für die zu Unrecht Verhafteten vorsieht. Die erste Kammer ist der

Ansicht, daß es sich hierbei um eine durch das Reich zu lösende Frage handle, und beschloß, die Regierung zu eruchen, in dem Bundesrat für eine thunlichst baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Entschädigung unschuldig Verhafteter an den Reichstag zu wirken.

Ausland.

Die Landtage.

—Wien, 19. Juni.

Die Session der siebzehn österröischen Landtage, die am Montag begonnen hat, erweckt diesmal nur geringes Interesse. Politisch stehen die Landtage durchaus im Gefolge des Reichsrats; der Grad ihrer politischen Erhebung hängt ausschließlich von der allgemeinen Situation ab. Da nun die Reichsratssession so überaus friedlich verlaufen ist, so ist auch eine ganz ruhige Landtagskampagne zu erwarten. Dazu kommt noch, daß an dem Hauptherde des Zwistes, im böhmischen Landtage, die Reizung zu politisch erregten Auseinandersetzungen durch die Kaiserreise außerordentlich reduziert worden ist. Die Landtage werden also darauf verwiesen sein, sich mit ihren spezifischen Verwaltungsangelegenheiten zu beschäftigen, und diese sind nicht so geartet, daß sie außerhalb der Länder auf große Aufmerksamkeit rechnen könnten.

Eine Ausnahme macht lediglich der Tiroler Landtag, der sich mit einer Frage zu beschäftigen haben wird, die nicht bloß für das Land eine große Bedeutung besitzt, sondern die auch wichtig ist für den ganzen Staat, ja der sogar eine gewisse internationale Bedeutung zuzulimt. Es handelt sich um die Selbstständigkeit des wälschen Gebiets des tirolischen Landes, um die Autonomie des sogenannten Trentino. Bis jetzt wird die „gefärschte Grafschaft“ Tirol von einem Landtag verwaltet, ist ein Verwaltungsgebiet, und ihre „Einheit“ galt als Axiom, obwohl sie von den Italienern praktisch seit langem nicht mehr anerkannt wird. Die italienischen Abgeordneten blieben nämlich mehr als zehn Jahre dem Landtag fern; so oft ob der Nichtausübung ihre Mandate, wie es die Landesordnung vorschreibt, löstert worden sind, wurden dieselben Leute wiedergewählt und lamten — wieder nicht. Das war der praktische Protest gegen die ausgefallene „Einheit“, die die italienische Minorität unter die Vormachtigkeit der deutschen Mehrheit setzte. Als eigentliches Ziel sahweht den Italienern die absolute Loslösung des wälschen Südtirols von dem heutigen Tirol. Die Begründung eines selbständigen Trentino vor, und man begehrt keine Ungerechtigkeit, wenn man anspricht, daß für einen nicht unbedeutlichen Teil der italienischen Bevölkerung diese Selbstständigkeit im Rahmen des österröischen Staatsverbandes der vorbereitende Akt ist, um aus diesem Rahmen hinauszukommen. Das ist auch im Wesen der Grund, warum man sich in Wien den Autonomiebestrebungen des italienischen Grenzlandes so hartnäckig verschließt; man fürchtet die Kraft der irredentistischen Propaganda. Diese Furcht mag begründet sein oder nicht; jedenfalls ist es eine unkluge, unstaatsmännische Politik, die unzufriedene Bevölkerung noch veräbterter zu machen, indem man selbst ihre berechtigten Wünsche scharf abweist. Das war die Politik Taafes; unter seinem Nachfolger begannen aber die Verhandlungen mit den Italienern und führten unter Thun zu einer vorläufigen Vereinbarung. Da kam im vorigen Jahre der belannte Brief des Ministerpräsidenten Köber an den Baron Valfetti, den Führer der italienischen Autonomisten, der die versöhnliche Stimmung gründlich verseekte; Herr v. Köber wiederholte das alte Reim, das nicht von den Regierungen, sondern von der Krone selbst ausgeht. Die Antwort der Italiener war, daß sie in den Landtag einträden und Wien möchten, ihn mit dem erprobten Mittel der Obstruktion in die Luft zu sprengen. Das Mittel wirkte rasch, denn der Landtag beschloß, zur Lösung der Frage einen Ausschuß einzusetzen und gab ihm die Zeitung auf den Weg, den Entwurf einer neuen Landesordnung ausgearbeitet, wonach wohl dem Landtag das Gesetzgebungsrecht verbleiben, die Verwaltung der wirtschaftlichen, der Gemeinde- und der Schulaangelegenheiten aber den Kurien zufallen solle, in die der Landtag zu teilen sein werde. Der Ausschuß hat das Projekt ausgearbeitet, und die diesmalige Session des Landtags, die letzte vor der Neuwahl, ist berufen, um das entscheidende Wort zu sprechen.

Wie man erkennt, hat die Frage eine vorbildliche Bedeutung für ganz Oestreich, denn Tirol ist beiseite nicht das einzige Kronland, wo zwei Nationen leben. Was die Italiener in Südtirol fordern, das fordern im Wesen auch die Deutschen in Böhmen, die Ruthenen in Galizien, die Slovenen in der Steiermark: Die Autonomie ihrer Nation. In der Form der heutigen Verwaltungseinheiten, den sogenannten Königreichen und Ländern, liegt die obsolet gewordene, Ueberlieferung über das lebendige Bedürfnis der Völker; die Bestimmungen der Vergangenheit unterjochen die realen Interessen der Gegenwart. So natürlich es nun ist, daß die historischen Formen eine große Anziehungskraft ausüben und so wenig der einstigege Willkür geneigt sein wird, sie dort zu zerbrechen, wo sie unschädlich sind, so wenig Respekt verdienen sie, wo sie sich mit den zwingendsten Bedürfnissen der Völker in Widerspruch sehen. Und das ist überall dort der Fall, wo sie zwei Vollstämme auseinander toppeln, die zu einander nicht gehören, bei einander nicht sein wollen, von denen jeder mit dem Drang nach Eigenberechtigung und Selbstständigkeit erfüllt ist. Der Entwurf, der dem Tiroler Landtag vorliegt, hat viele Gebrechen, vor allem das, daß er zu sehr bemüht ist, die Fiktion der „Einheit“ neben der Selbstständigkeit der Teile, des deutschtirolerischen und wälschtirolerischen, aufrecht zu halten, aber als der erste Versuch, die Autonomie der Nationen in dem Rahmen der heutigen Länderorganisation zu erfüllen, verdient er uneingeschränktes Lob. Leider ist die Einsicht unter den deutschösterreichischen Politikern so gering entwickelt, daß sie den Entwurf, der präjudizierlich ist für das Schicksal der Autonomiebestrebungen der Deutschen in den Subdenländern, wahrscheinlich ablehnen werden. Aber dann wird den Italienern eben nichts übrig bleiben, als den „Gesamt-Landtag“ ad absurdum zu führen, indem sie ihn durch Obstruktion einfach unmöglich machen.

Somit verdient von den Landtags-Angelegenheiten noch die Nachwahl Beachtung, die zum niederösterreichischen Landtag am 2. Juli stattfinden wird. Der industriereiche Wiener Bezirk Favoriten, hat man an Stelle des verstorbenen christlich-socialen Abgeordneten Schlessinger einen Vertreter in den Landtag zu wählen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Socialdemokratie dieses Mandat erobert wird. Die Landtage basieren zwar noch immer auf dem verrotteten Privilegien-Wahlrecht, auf dem sie im Jahre 1861 aufgebaut worden sind; der geringste Census ist noch überall fünf Gulden. Aber die Personal-Einkommensteuer hat das Verhältnis der Steuerzahler und Wähler sehr beträchtlich verschoben, sie hat großen Schichten der industriellen Arbeiterschaft auch das Census-Wahlrecht verschafft. Specially in Favoriten hat die Socialdemokratie bei den Reichsrats-Wahlen nicht nur in der fünften Kurie, sondern auch in der sogenannten städtischen, die aus den Censuswählern besteht, die Mehrheit errungen, und der Erfolg ist ihr nur deshalb verjagt gewesen, weil der Bezirk bei der Reichsrats-Wahl den Wahlkreis nicht allein bildet. Zum Landtag ist das aber der Fall, und so sind die Erfolgschancen beträchtlich besser. Als Kandidat ist Genosse Dr. Victor Adler aufgestellt, und die Wiener Arbeiter hoffen, daß sie in ihm am Wahltag den ersten socialdemokratischen Landtags-Abgeordneten Oestreichs begreifen werden können.

Oestreich-Ungarn.

Brag, 20. Juni. Behufs entschiedener Stellungnahme gegen die Czechisch-Radikalen sind Verhandlungen wegen Einbahnung eines Kompromisses zwischen Jung- und Altecechen eingeleitet. Das Kompromiss soll sowohl für die Landtags- als auch für die Reichsrats-Wahlen Geltung haben.

Frankeich.

Paris, 20. Juni. Der Senat wird, um die Durchberatung des Vereinsgesetzes vor dem Zusammentritt des Staatsgerichtshofs zu erledigen, von heute ab täglich zwei Sitzungen abhalten.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. Juni. Aus Thorshavn (Härd) wird berichtet, daß dort bei der Wahl zum Folkething die Linke gesiegt habe. Damit ist das Gesamtergebnis der diesjährigen Wahlen zum Folkething bekannt. Die Rechte verlor 8 und die gemäßigste Linke 6 Sitze. Die Reformpartei der Linken gewann 12 Sitze und die Socialdemokraten 2 Sitze, so daß nunmehr die Reformpartei der Linken 75 Sitze, die gemäßigste Linke 15, die Socialdemokraten 14, und die Rechte 8 Mitglieder zählt, während zwei Mitglieder keiner Fraktion angehören.

Die dänischen Brotverkäufer. Die „Agrarvereinigung“, der „Bund der Landwirte“ in Dänemark, hat sich auf ihrer Generalversammlung, die in der vorigen Woche in Aarhus stattfand, für Kornzölle und Ausfuhrprämien ausgesprochen. Der Präsident, der über diesen Punkt referierte, räumte ein, daß ein Kornzoll von 1 Oere pro Fund und eine dementprechende Ausfuhrprämie (5 Oere auf das Fund Butter usw.) die Lebenshaltung der Arbeiter sowohl in der Stadt als auf dem Lande nach seiner eignen Berechnung um 18 Oere pro Tag verteuern würde. „Aber was macht das!“ erklärte er, so verlangen die Arbeiter eben eine Krone mehr im Tageslohn!

Als die „Agrarvereinigung“ 1893 ihr Programm aufstellte, war ein heftiger Streit zwischen den freihändlerischen Bauern und den schützlerischen Gutsherrn vorausgegangen und der Postscriptum war ein „Ausprodukt“, das jede Partei in ihrem Sinne auslegen konnte.

Auf dem diesjährigen Kongress wurde eine Resolution eingebracht, die sich konsequent für den Freihandel ausspricht. Diese wurde aber gegen 9 Stimmen abgelehnt, wogegen man den oben erwähnten Ausführungen mit Hurra zustimmte. Es scheint aber bei der Abstimmung eine Ueberrumpelung stattgefunden zu haben, denn von den 150 Delegierten gehörten ein Drittel der freihändlerisch gesinnten „Linken“ an.

Die Mitgliederzahl der „Agrarvereinigung“ ist übrigens, trotzdem vom Vorstand immer das Gegenteil behauptet wird, in beständiger Rückgang begriffen; 1893 zählte man 80 000 Mitglieder, im vorigen Jahre können es, den gezahlten Beiträgen nach zu urteilen, nur noch 10 000 gewesen sein und seitdem haben die Beiträge insgesamt sich wiederum um 887,57 Kr. vermindert, was einen Verlust von ca. 400 Mitgliedern gleichkommt. — Nun fordern infolge der Vorkommnisse auf der Generalversammlung in einer liberalen Zeitung 20 Agrarier alle liberalen Mitglieder auf, aus der Agrarvereinigung auszutreten. Damit wird diese so großsprecherisch auftretende Organisation zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgeführt.

Türkei.

Konstantinopel, 20. Juni. (Melbung des Wiener I. I. Telegr.-Büreaus.) Wie verlautet, erob die Pforte, welche mit verschiedenen in italienischen Parlament während der Beratung des Budgets des auswärtigen Amtes gefallenen Aeußerungen in betreff Albanien nicht zufrieden ist, in Rom durch die hiesige italienische Botschaft Vorstellungen unter Hinweis darauf, daß derartige Ausführungen über einen Gebietsverlust einer befreundeten Macht im Parlament einer andern befreundeten Macht vermieden werden sollten.

Die Gerüchte über ernste Ruhestörungen im Sand-schal-Kowibazar sind stark übertrieben. Die mit dem Verhalten des Kaimakams unzufriedene Bevölkerung veranstaltete Kundgebungen, um seine Absetzung herbeizuführen. Nachdem diesem Verlangen entsprochen worden ist, scheint, wie aus den Kreisen der Pforte bestimmt berichtet wird, die Ruhe wieder hergestellt zu sein.

Asien.

Hungerdruht in Indien.

Simla, 20. Juni. Die Zahl der Personen, welche wegen der Hungerdruht unterzogen werden, ist im Wachsen begriffen. In der letzten Woche betrug der Zuwachs 14 000 Personen, so daß jetzt im ganzen 519 926 Personen unterzogen werden.

Afrika.

Die Pest.

Alexandria, 20. Juni. Die Pest greift in verschiedenen Häfen Ägyptens um sich und verursacht Verunreinigung. Der Herd der Seuche ist Sagassig, wo im Juni bisher 48 Fälle festgestellt wurden. Die Kasse der Staatsguld hat bedeutende Mittel zur Bekämpfung der Seuche bewilligt.

Amerika.

Der russisch-amerikanische Tarifstreit.

Washington, 19. Juni. (Telegramm des Reuterschen Büreaus.) Der russische Botschafter Graf Cassini erklärt, die Tarifierfrage, welche in den Vereinigten Staaten und in Rußland erlangt sind, seien von ihm nicht vorangesehen worden. Er wolle ihnen eine ernste Bedeutung bei, hoffe aber, daß man zu einer befriedigenden Abmachung gelangen werde. Das Verhalten Rußlands sei einzig und allein auf wirtschaftliche Rücksichten zurückzuführen und er sei fest davon überzeugt, daß es nicht auf einem Antagonismus gegen die Vereinigten Staaten beruhe. Deshalb läme der ganzen Angelegenheit keinerlei politische Bedeutung zu, es handle sich vielmehr um eine rein kommerzielle Frage.

Italienische Chronik.

Nachmals ein Camorristen-Abgeordneter. — Südliche Wohlgehabenheiten. — Ländliche Schiedsgerichte. — Das Arbeitsamt. — Der Dreihund und Albanien.

Rom, 17. Juni.

Abermals wird ein Prozeß gegen einen camorristischen Deputierten verhandelt. Nach Casale kommt Alberti an die Reihe, — auch dieser Abgeordneter für Neapel —, den die Republikaner in ihrer Zeitung ganz entschieden angeklagt hatten, das Kapital für das heimliche Lotto in Neapel, das sogenannte „kleine Spiel“, zu stellen.

Es ist bekannt, daß in Italien der Staat auf die Leichtgläubigkeit derer, die nicht alle werden, spekuliert, und so ein schamloses Geschäftchen mit dem Lottomonopol treibt. Nun giebt es Leute, die dieses Monopol durchbrechen, indem sie ihrerseits Wetten annehmen und aus ihrem eigenen Kapital auf die gezogenen Nummern Prämien setzen, und so auf die herrliche Staatsindustrie eine ebenso noble Privatindustrie begründen. Der hochwohlthätige Herr Alberti war nun einer von denen, die heimlich einen solchen „Klub der Harmlosen“ für weitere Kreise unterhielten. Diese That-sache ergab sich klipp und klar durch eine polizeiliche Enquete, die in einem Rapport niedergelegt wurde, der aber, man weiß nicht wie, — die Lösung des Rätsels liegt jedoch auf der Hand, — aus den Akten der Polizei spurlos verschwinden ist. Es ist klar, daß kein anderer wie die im Dienste Albertis stehende Camorra die Akten untergeschlagen konnte.

In dem Prozeß in Neapel, der sich seinem Schlusse zuneigt, ist die ganze moralische Persönlichkeit dieses würdigen Herrn Volksvertreters in die rechte Beleuchtung gerückt worden. Der derzeitige Staatssekretär im Ministerium des Innern, Onorevole De Martino, schildert den Herrn folgendermaßen: „Ein Mann ohne Ueberzeugungen und Ideale, aber durchtrieben und klug in der Wahrung der Interessen von gesetzgebenden Personen, gehört er zu jener Clique von Menschen, welche das öffentliche Wohl und die Pflichten ihres politischen Mandats den Interessen ihrer Privatgeschäfte hinstellen. Mit den Liberalen liberal, mit den Konservativen konservativ, mit den Demokraten demokratisch, weiß er sich so einzurichten, daß er die Gunst der einen nicht verliert und sich die Freundschaft der andern wahrt. So hat er bei den letzten

administrativen Wahlen verstanden, derartige Uebereinkünfte zu erzielen, daß es ihm gelang, die Stimmen der organisierten Wählerkräfte auf diese beiden entgegengesetzten Parteipole zu verteilen. Aber seine Freundschaften und seine Verbindungen waren immer mit der Partei des abgethanen Abgeordneten Casale und des Ex-Bürgermeisters Summonte verknüpft.“

„Aus diesen Gründen kann ich den Politiker nur äußerst streng verurteilen.“

Der Polizeikommissar Denadio, der die Enquete über das heimliche Lotto veranstaltet hatte, konnte seinen verdammenden Rapport nur bestätigen. Es folgte die Aussage des Obersten Cassone, der erklärte, daß er durch Beeinflussung des Abg. Alberti auf den General Assan di Riviera, der im Kriegsministerium war, von der Direktion der Artillerie von Neapel veretzt wurde, und zwar deshalb, weil er dem Kaufmann Elia bei der Vergebung einer Stahllieferung keine ungerechten Begünstigungen einzuräumen geneigt war. Auf solche Weise warf sich Alberti zum Rächer des den Fiskus beschwindelnden und betrügenden Händlers auf.

Warten wir ab, welches Urteil das Gericht auf diese Verweispunkte hin in wenigen Tagen über die Moralität dieses parlamentarischen Vertreters der Camorra fällen wird.

Unterdessen fahren die von der Regierung entsandten außerordentlichen Kommissarien in ihrer Enquete über die von Stadt und Provinz verübten Schwindelereien fort, energisch ihre Pflicht zu thun, so daß die Organe der Bourgeoisie und der Camorra, welche die Kommissarien mit großen Achtungsbezeugungen empfangen hatten, jetzt, wo sie sehen, daß jene Kommissarien nicht nur zum Scheine ihres Amtes wolten, geblüht zu schimpfen anfangen; man sagt sie an, daß sie als Norditaliener in dieser Weise nur aus Mißachtung und partiischem Haß gegen sie, die Süditaliener, vorgingen. Jedoch der gesündere Teil der Bevölkerung sieht vertrauensvoll den Resultaten der Enquete entgegen und lächelt sich seinerseits an, das Werk der Augiasstall-Ausräumung im Wahllampf fortzusetzen.

Wie beschaffen jedoch heutzutage noch die politischen Gewohnheiten im Süden Italiens sind, kann man aus folgender That-sache ersehen. In Aversa hat ein Kandidat, der wegen Korruption und Schwindelereien schon die Kassation seiner Wahl durch die Kammer vor Augen sah, sich für diesmal vom Kampfbahnen zurückgezogen, weil seine lieben Getreuen und Unerbittlichen, um ihm zum Siege zu verhelfen, das nette runde Stämmchen von 75 000 Lire verlangten!

Die Streikbewegung neigt sich einem Stillstand zu, während andererseits die Organisationsbewegung ihren Fortschritt nimmt; fast überall ist es den Arbeitern gelungen eine Verbesserung zu erzielen; ich will hier nur die bedeutendsten Streiks anführen, die der Maurer von Rom (10 000), von Mailand (15 000) und von Bergamo. Die Reisarbeiterinnen von Molinella sind leider auch zum vierten Male unterlegen.

Die Arbeitgeber, anstatt nachzugeben und einen Lohn von 1,25 pro Arbeitstag zu zahlen für eine Arbeit, bei der die Arbeiterinnen die Hitze im Wasser, den Mücken den ganzen Tag über den glühenden Sonnenstrahlen aussetzen müssen, zogen es vor, für dieses Jahr lieber den ganzen Ertrag zu Grunde geben zu lassen. Sie stellen ihre Rechnung dabei auf den Hunger von Tausenden von Arbeitern und die dadurch hervorgerufene Verzweiflung, damit dann jene Erzeffe geschähen, die von den Herren Arbeitgebern mit beständigem Sehnen herbeigewünscht werden, damit sie endlich zu den glücklichen Zeiten der vergangenen Reaktion zurückkehren könnten. Die Arbeiter hingegen zogen es vor, lieber nachzugeben, als das Spiel der Arbeitgeber zu spielen, und gaben so einen glänzenden Beweis von klarer Einsicht in die Bedingungen des proletarischen Kampfes, den sie führen.

Die von der socialdemokratischen Arbeiterschaft angehende Bewegung zu Gunsten einer Lösung der Konflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeiter durch Schiedsgerichte nimmt einen immer größeren Umfang an. Auf Vorschlag von socialistischen Vertretern hat der Provinzial-Landtag von Mantua die Einrichtung von ländlichen Schiedsgerichts-Kammern beschlossen, und zwar sowohl für die Kreise als auch für die Gemeinden. Diese Kammern sollen aus 5 Mitgliedern bestehen, zwei für die Arbeitgeber und zwei für die Arbeitnehmer, der fünfte wird von den andern vier zusammen gewählt.

Zugleich mit den republikanischen Abgeordneten Pantano und Colajanni hat der Ministerpräsident Zanardelli der Kammer einen Gesetzentwurf, betreffend die Einrichtung eines Arbeitsamtes, nach dem Muster jenes in Frankreich von Rillierand eingerichteten, vorgelegt.

In der Kammer dauert die Debatte über das Budget des Meubers fort. Die 15 Millionen, die die chinesische Expedition gekostet hat, und die 10 Millionen, welche Eritrea noch kostet, haben selbst den Enthusiasmus der Konservativen für eine erobernde Kolonialpolitik abgeköhlt. Nur ein Ex-Socialist De Marinis kämpfte insoweit für eine imperialistische Politik, als er sich für die Occupation der Nimrodab erwähnte. De Marinis trat aus der Partei aus infolge eines Tadels des letzten Kongresses und ist jetzt Lüftern auf das Pöschchen eines Unterstaatssekretärs.

Im allgemeinen wurde eine kommerzielle Kolonialpolitik verlangt und im speziellen eine größere Fürsorge und besserer Schutz für unsere Auswanderer, speziell in Südamerika.

Die größte Sorge aller waren der Dreihund, die Handelsverträge und das Verhalten Des Reichs hinsichtlich Albanien.

Der konservative Teil der Kammer ist der Erneuerung des Dreihunders geneigt, vorbehaltlich einiger Vergünstigungen und Garantien für die italienischen Interessen bei Erneuerung der Handelsverträge. Eine große Besorgnis, auch in den Reihen der Liberalen und Republikaner, erregt die alldeutsche Bewegung; man dringt darauf, daß wenigstens Oestreich verhindert werde, seine Hand auf Albanien zu legen, für dessen Autonomie Italien ein Vorkämpfer sein müsse, damit die Adria ein italienisches Meer, unser Meer bleibe.

Im Namen der Sozialisten bewies der Abgeordnete Cicotti die Unzulässigkeit des Dreihunders für Italien und für den Frieden. Er erklärte, ein bei weitem größeres Interesse als an der albanesischen oder chinesischen Frage hat das italienische Proletariat an dem Kampfe gegen den Kapitalismus und an seiner, des Proletariats, internationalen Organisation.

Im Namen der socialdemokratischen Fraktion schlug er folgende Tagesordnung vor:

„Die Kammer fordert die Regierung auf, eine äußere Politik zu befolgen die von den Gesetzen der Moral und des Rechts inspiriert und nicht durch Verträge gebunden ist, welche sich der Kontrolle der gesetzgebenden Macht entziehen, die hingegen einen Frieden sichern, der nicht durch exzessive Bewachung unsicherbar gemacht wird, eine Politik, welche die italienischen Interessen durch eine ökonomisch-moralische statt durch eine politisch-militärische Betätigung zu fördern sucht.“

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen Hamburgs beschäftigten sich in einer gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung der drei socialdemokratischen Vereine mit einem Antrag des Maurerverbands, 108 Parteigenossen, die, ohne Mitglieder des Maurerverbands zu sein, den Beschlüssen dieses Verbands zuwidergehandelt haben, indem sie in Accord arbeiteten, aus der Partei auszuschließen. Eine Anzahl andre sollen noch später benannt und gleichfalls ausgeschlossen werden. Nach langer erregter Debatte, in der besonders Genosse Mollebur dringend davor warnte, Partei- und Gewerkschaftsfragen mit einander zu verquiden und daraus aufmerksam machte, daß dann auch andre Gewerkschaften, so die Handelshilfsarbeiter, die Buchdrucker etc. die Partei für ihre inneren Organisationsfragen engagieren könnten, wurde ein Antrag Elms angenommen, der lautet:

„Die Versammlung der drei Hamburger Wahlkreise beantragt beim Parteivorstande den Ausschluß der von dem Centralverband der Maurer als Streikbrecher bezeichneten Personen.“

Wie können wir wiederholen, was wir schon aus Anlaß des Wandsbeker Beschlusses bemerkten: Für die Frage der Zugehörigkeit zur Partei bezw. des Ausschlusses aus der Partei ist lediglich das Parteistatut maßgebend.

Totenliste der Partei. In Reinholdshain bei Dippoldiswalbe im sächsischen Erzgebirge starb infolge eines Herzschlages in noch züftigem Alter der Schuhmacher Max Sauer. Der Verstorbene hat seit Jahrzehnten auf einem vorgeschobenen Posten in rein landwirtschaftlicher Gegend still, treu, aber erfolgreich als Parteigenosse gewirkt und seiner Ueberzeugung ergebliche Opfer gebracht. Er verdient das Andenken, das ihm die Parteigenossen der Gegend bewahren werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Prozeß wegen Verleumdung des Kriegerbundes in Dessau beschäftigte zum drittenmal die dortige Strafkammer. Das Oberlandesgericht Naumburg hatte den Wahrheitsbeweis für die Behauptung, daß der Kriegerbund Politik getrieben habe, für zulässig erklärt. Er wurde dem auch angetreten, das Landgericht erklärte ihn aber für nicht erbracht und verurteilte die Genossen Stelzer und Franke wegen Verleumdung des Staatsministeriums abermals zu 100 M. Geldstrafe. Die Verleumdung wurde bekanntlich darin gefunden, daß das Staatsministerium die als politisch und deshalb ungesetzlich bezeichnete Handlung des Kriegerbunds gebilligt habe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Ausstand der Selterwasserabzieher der Firma S. Meyer u. Co. Auf die Verächtung des Herrn Meyer in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ haben wir zu erklären, daß die Uebersicht des Ausstandes hauptsächlich die beabsichtigte Einführung der Accordarbeit war, welche die betreffenden Arbeiter aus Prinzip ablehnten. Wenn Herr Meyer behauptet, er habe acht Arbeiter wegen Mangel an Arbeit entlassen, so ist es doch sonderbar, daß der angegebliche Arbeitsmangel sich erst bemerkbar machte, nachdem sämtliche 16 Arbeiter in den Ausstand getreten waren und bereits Verhandlungen deswegen mit Herrn Meyer stattgefunden hatten. Daß es sich also hauptsächlich um einen Ausstand handelte, kann Herr Meyer nicht streiten, obgleich seine Verächtung den Anschein hat, als wolle er es thun.

Zum Ausstand selbst teilen wir mit, daß derselbe als beendet betrachtet werden kann, da sich leider genügend Streikbrecher gefunden haben. Auch für die Frauen, welche das Glaschenfüllen besorgen, ist um der Accordlohn eingeführt und zwar soll per 100 Stücken Flaschen 6 Pf. bezahlt werden. Unter dieser Bedingung erzielten die Frauen am Mittwoch einen Verdienst von 3,50 M., worauf der Fabrikleiter ihnen bedeutete, daß am Donnerstagvormittag ausgelegt wird. Am Nachmittag solle die Arbeit wohl wieder aufgenommen, jedoch könne nicht mehr als 4 Pf. per 100 Flaschen bezahlt werden. — Den Streikbrechern dürfte es nicht besser ergehen.

Die Ordverwaltung

des Centralverbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Deutsches Reich.

Zum Ausstand der Nordhäuser Tabakarbeiter. In Leipzig hat eine Versammlung der mit Kantabak handelnden Gewerbetreibenden beschlossen, fortan ihren Bedarf an Kantabak nur von den Firmen Grimm u. Triepel und Henders u. Schumann, welche mit den Arbeitern Frieden geschlossen haben, zu entnehmen, und den Einlauf genossenschaftlich zu organisieren.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Braunschweig wurden in der Klasse der Arbeiter die Gewerkschaftskandidaten ohne Widerspruch gewählt. In der Klasse der Unternehmer erhielten drei Parteigenossen je 23 Stimmen, während die gewählten Vertreter mit 108 Stimmen ihre Mandate errangen.

Der Weberstreik in Cunevalde wird nunmehr die fünfzehnte Woche mit dem gleichen Zusammenhalt wie in den ersten Tagen weitergeführt. Anfang dieser Woche haben die Einigungs-verhandlungen begonnen. Beide Parteien haben sich zunächst über die Grundfragen eines Friedensschlusses mit dem Vermittler, Herrn Handelskammer-Sekretär und Landtags-Abgeordneten Kolb aus Mittau, geeinigt. Die gemeinschaftlichen Verhandlungen finden nächsten Montag statt. Im Interesse der Gemeinden in Streikgebiet, die unter dem Kampfe schwer leiden, der Geschäftsleute, sowie der kämpfenden Parteien wäre ein Friedensschluß sehr zu wünschen.

Die Hartnäckigkeit der Rieburger Glasfabrikanten läßt sich bereits an einem Teil der Herren. Wie aus Bremen berichtet wird, haben mehrere Bezugsfirmen, die bisher bedeutende Abnehmer der Rieburger Fabrikate waren, sich gezwungen gesehen, ihren Bedarf bei fremdländischen Glasfabriken zu decken. Mit der holländischen Frau „Gefina Christina“ traf in Bremen am vorigen Donnerstag die erste aus 20 000 Bierflaschen bestehende von Blandingen (Holland) kommende Ladung ein. Sie ist durch Vermittelung der Firma E. Kruse u. Comp. einer Brauerei überliefert. — Das haben sich wohl die Herren im Glasringe nicht träumen lassen.

Uebrigens hat sich in Rieburg am Sonntag wieder eine der üblichen von den Streikbrechern inscenierten Schlägereien abgespielt. Es gehört das zu den alltäglichen Lebenswirdigkeiten, die sich die hiesige Bevölkerung von den lieben „Arbeitswilligen“ aus Rußland, wenn auch unfreiwillig, gefallen lassen muß, weil diese Art Ausländer nur in den allerbesten Fällen „lästig“ werden.

Der Maurerstreik in Halle dauert fort. Die Arbeit ist nur auf den Banten wieder aufgenommen worden, wo der versprochene Stundenlohn bewilligt wurde, auf den übrigen wird weitergestreikt. Die Unternehmer suchen nach wie vor Streikbrecher anzuziehen. Es sei daher ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Jung von Naurem nach Halle fernzuhalten ist. — In den letzten Tagen sind 80 streikende Maurer aus Halle abgereist, um auswärts in Arbeit zu treten. Es scheint demnach, daß das Ersuchen, welches der Halle'sche Arbeitgeberbund an seine Kollegen im Reich ergehen ließ, wonach kein aus Halle kommender Maurer beschäftigt werden sollte, wenig Beachtung findet. Der Erfolg dieser Maßregel des Bundes ist also der, daß die Unternehmer ihre bewährten Arbeitskräfte aus Halle vertreiben, ohne vollwertigen Ersatz dafür zu finden.

In Landsberg a. W., wo seit sechs Wochen die Maurer-gefallen streiken, sollen, wie „Reum. Ztg.“ meldet, auf Veranlassung der Streikenden jetzt auch die Lehrlinge die Arbeit eingestellt haben, aber durch die Polizei zwangsweise wieder zur Arbeit zurückgeführt worden sein. Wie es heißt, sollen die Meister die Absicht haben, in den Fällen, wo Lehrlinge sich weigern, die Arbeit wieder aufzunehmen, auf Schabenertrag zu klagen.

In Wusterhausen a. d. Dose sind die Maurer am Montag, den 17. d. M., in den Streik eingetreten. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit und 35 Pf. Stundenlohn. Durch Verhandlungen war von den Unternehmern nichts zu erreichen.

Zwischen den Leipziger Töpfern und ihren Arbeitgebern bestehen ernste Differenzen über den zur Zeit geltenden Lohnsatz. Derselbe ist im Jahre 1890 von der Jungerlei erreicht und den Gehältern andererseits vereinbart worden, und da er am zulässigen Termin nicht gekündigt worden ist, so gilt er noch bis zum 1. August 1902. Ein Arbeitgeber hat schon seit einiger Zeit versucht, mit den Gehältern Sonderabmachungen dahingehend zu treffen, daß dieselben 10 Proz. unter dem Tarif arbeiten, und neuerdings hat die Jungerlei eine Kommission eingesetzt, welche unter Hinzuziehung einer zu wählenden Gehältern-Kommission einen niedrigeren Tarif aufstellen soll. Die Gehältern weigern sich natürlich, eine derartige Lohnherabsetzung über sich ergehen zu lassen, und verlangen, daß während der Geltungsdauer des nicht gekündigten Tarifs keine Änderungen an demselben vorgenommen werden.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß Sonderabmachungen der oben gedachten Art nach dem vereinbarten Tarif ausdrücklich ausgeschlossen sind. Wegen die von der Zunft beabsichtigt Tarifherabsetzung haben die Gehilfen Beschwerde bei der Kassa-Behörde eingeleitet.

Aus der Frauenbewegung.

Eine öffentliche Dienstboten-Versammlung, die von circa 500 Personen besucht war, tagte am Mittwoch im „Königs Hof“, Wilsowstraße. Als Referent trat Herr von Gerlach auf, der wieder für die Befreiung der Gesinde-Ordnung und die sonstigen bekannten Forderungen zum Schutz der Dienstboten eintrat. In der sehr regen Diskussion wurde wiederum der volle Beweis erbracht, daß das Ausnahmegesetz, genannt Gesinde-Ordnung trotz des angeblichen Dienstbotenmangels, doch noch recht vielen „Herrschafteu“ dazu dient, die gesetzlich rechtlos gemachten Angestellten in der unwürdigsten Weise zu drangsalieren und sie schamlos auszubeuten. Die Angestellten sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen völlig der Willkür ihrer Herrschaft ausgeliefert und es ist ihnen, wie an verschiedenen Beispielen nachgewiesen wurde, fast unmöglich gemacht, sich für die Ungerechtigkeiten gegenwärtiger Verhältnisse wehren zu können. Von einer Rednerin, die darauf hinwies, daß auch für die jungen, aus der Schule entlassenen, in ein Dienstverhältnis eintretenden Mädchen die Dauer der Arbeitszeit unbegrenzt ist, wurden entsprechende Schutzbestimmungen und die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschulen gefordert. Charakteristisch für die in gewissen Kreisen herrschenden Anschauungen waren die Ausführungen einer Dame, die ganz ernstlich behauptete, daß die „Dienenden“ eine andre Art von Menschen, von Natur aus aus einem andern Stoff zusammengesetzt wären, als die Angehörigen der „besseren Stände“ und daß dieser „natürliche Unterschied“ zwischen den Nachkommen der Arbeiterklasse und den der besseren Stände weder durch die Erziehung noch durch die Verhältnisse beseitigt werden könne, und daß es noch nach 1000 Jahren zweierlei Menschen mit verschiedenen Rechten geben müsse. Diese Dame stellte sich übrigens ebenfalls, wie mehrere andre, als eine wohlwollende Gebieterin vor, die um das seelische und leibliche Wohl ihrer Angestellten besorgt ist.

Sociales.

Deutsche Streikstatistik.

Die amtliche Statistik über die Streiks im Jahre 1900 ist soeben erschienen. Danach wurden im genannten Jahre 1402 Streiks begonnen (darunter 48, die schon 1899 begonnen wurden) und 1438 Streiks beendet. Von den beendeten Streiks wurden 7740 Betriebe betroffen, in denen 298 819 Personen beschäftigt waren; 46 782 davon waren noch nicht 21 Jahre alt. Zum vollen Stillstand waren dadurch 2738 Betriebe gekommen, und unter diesen befanden sich 2382, wo der Streik den Gesamtbetrieb und nicht bloß Teile davon ergriffen hatte.

In den Betrieben, die als ganzes vom Streik ergriffen wurden, waren 142 842 Arbeiter beschäftigt, darunter 21 641 unter 21 Jahren. In den Betrieben, wo nicht der Gesamtbetrieb am Streik beteiligt war, waren in den ergriffenen Teilen noch 52 904 Personen beschäftigt einschließlich der 7526 unter 21 Jahren. Es waren also in vom Streik ergriffenen Gesamtbetrieben und Betriebsteilen insgesamt 205 746 Personen beschäftigt, darunter 29 167 unter 21 Jahren. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden betrug 122 808.

Im 1. Quartal 1901 wurden 243 Streiks begonnen, dazu kamen 29 aus dem Jahre 1900. Beendet wurden im 1. Quartal 293 Streiks. Von den beendeten Streiks wurden 427 Betriebe erfaßt, wovon 74 zu völliger Stillstände kamen. In diesen Betrieben waren bei Ausbruch des Streiks 29 413 Arbeiter beschäftigt. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter wird mit 11 564 angegeben, wozu noch 1148 kommen, die als gezwungen feiernd bezeichnet werden. Als erfolgreich werden 44 Streiks bezeichnet und 112 als erfolglos, während die übrigen nur teilweisen Erfolg gehabt haben sollten.

Aussperrungen wurden im ersten Quartal 1901 5 inszeniert, dazu 3 aus dem Jahre 1900; beendet wurden 7. An den beendeten Aussperrungen waren 88 Betriebe beteiligt, wovon 10 gänzlich stillgelegt wurden. Es waren darin 1325 Arbeiter beschäftigt, von denen 593 gleichzeitig ausgesperrt waren und 94 gezwungen feierten. Es werden 3 als erfolgreich, 2 als teilweise erfolgreich und 2 als erfolglos beendet bezeichnet.

Gastwirte gegen den Arbeiterschutz. In Oldenburg tagt gegenwärtig der deutsche Gastwirtstag, auf dessen Tagesordnung auch der Entwurf einer Bundesrats-Verordnung über die Beschäftigung der Angestellten im Gastwirtsberuf stand. Der schwächliche Ansat zu einem Verbot des Schutzes dieser ausgedehnten Arbeiterkategorie, der sich in dem Bundesrats-Entwurf findet, geht den Herren noch viel zu weit; sie wollen überhaupt keinen Arbeiterschutz. Der rücksichtslose Unternehmerrstandpunkt der Versammlung kommt zum Ausdruck in den von ihr gebilligten Darlegungen des Verbandsvorsitzenden Th. Müller aus Berlin, aus dessen Rede wir zur Kennzeichnung nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung“ das folgende mitteilen:

Als seiner Zeit die Kommission für Arbeiterstatistik ihre bekannten Erhebungen über die Verhältnisse im Gast- und Schankwirtsberufe angefertigt habe, hätten sich die Arbeitgeber gern an diesen Arbeiten beteiligt, da auch sie der Ansicht waren, daß einige Reformen auf diesem Gebiete notwendig seien. Sie hätten geglaubt, daß die Sache damit erledigt sein würde. Der deutsche Gastwirtsstand sei daher höchst erstaunt gewesen, als der bekannte Entwurf zu einer Bundesrats-Verordnung erschien und sie die Entdeckung machten mußten, daß die ursprünglichen Reformvorschlüge völlig umgestaltet waren, so daß in dem Entwurf geradezu unerkennbare Ausprüche (1) an die Unternehmer gestellt wurden. Bei seinen sofort unternommenen Schritten zur Abwehr einer solchen Verordnung habe der geschäftsführende Ausschuss die Erfahrung machen müssen, daß die leitenden Kreise durch die Kundgebung der Presse in dieser Angelegenheit stark beeinflusst worden waren. Das Bundesratsmitglied v. Hermann-München habe ganz offen erklärt, daß die Presse die zunächst gemachten Reformvorschlüge als ungenügend bezeichnet und durchgreifendere Reformen verlangt habe. Der betreffende Herr habe dabei betont, daß sogar Zeitungen der rechten Seite in diesem Sinne Stellung genommen hätten, und daß es daher ganz unmöglich sei, den Arbeitnehmern etwas weiter entgegenzukommen. Die Hauptschuld an der den Unternehmern so unangenehmen Gestaltung der Verordnung trage daher die deutsche Presse, die unablässig auf Mißstände hingewiesen habe, die dieselben an einzelnen Stellen vorhanden seien und die nun verallgemeinert würden. Vergeblich habe der geschäftsführende Ausschuss darauf hingewiesen, daß es nicht möglich sei, auf dem Gebiete der Arbeitszeit und der Ruhezeit der Angestellten Normalbestimmungen zu treffen, daß die Durchführung der dahin zielenden Reformbestimmungen vielmehr dem einzelnen Unternehmer überlassen bleiben müsse. Er behauptete, daß gerade die größten Schreier unter den Angestellten Leute seien, die gar nicht im eigentlichen gewerkschaftlichen Vertriebe tätig seien, ja überhaupt nicht arbeiteten. Wenn diese Leute etwas wollten, müßten sie auch selbst sagen, daß Normalbestimmungen auf diesem Gebiete einfach unmöglich oder unerfüllbar seien, und zwar sowohl in Bezug auf die neuntägige Ruhezeit wie auf den wöchentlichen 24stündigen Ausbrot. Neben stellte schließlich den Antrag, den geschäftsführenden Ausschuss zu beauftragen, sowohl mit einer Protestresolution wie in persönlichen Vorstellungen gegen die Verordnung Stellung zu nehmen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Ganz in diesem Sinne wurde auch eine Angelegenheit behandelt, von der man eigentlich nicht erwartet hätte, daß sie etwas mit den Arbeiterforderungen zu thun habe. Es wurde nämlich über die öffentlichen Konzessionsarbeiten verhandelt und die Beschwerden bekämpft, denen diese seitens der Polizei unterworfen werden. Der Referent dazu, Wolter-Berlin, sagte dabei unter anderem:

„Der Staat habe ein großes Interesse an der möglichen Ausdehnung der Konzessionsarbeiten, denn durch dieselben würden die Leute abgehalten, ihr Geld den Kassen einer gewissen Partei zuzulassen.“ (Lebhafte Beifall.)

Daran haben die sonst so eifrig in Socialistenbelämpfung machenden Polizeibehörden sicher noch nicht gedacht; sie werden sich nach dieser Auffassung nicht wenig kränken, daß sie durch Beschränkung der Konzessionsarbeiten eigentlich unbewußt die Socialdemokratie fortwährend gefördert haben.

„Stockholms Arbeiterinstitut“, das große Volksbildungsinstitut, das vielen ähnlichen Veranstaltungen in Schweden zum Vorbild dient, besteht jetzt seit 21 Jahren. Im Vorlesungsjahr 1900/1901 wurden 207 Vorlesungen gehalten; die Zahl der Hörer betrug rund 85 000 gegen 27 000 im Vorjahre. Seit dem Gründungsjahr 1880 wurden 5342 Vorlesungen gehalten, die von 435 500 Hörern besucht wurden. Die diesjährigen Vorlesungen umfassen neben einer Anzahl Spezialkurse folgende Hauptfächer: Mathematik, Astronomie, Klimatologie, Physik, Zoologie, Anatomie und Physiologie, Kunstgeschichte, Kulturgeschichte. Außerdem wurden Sprach- und Schreibkurse gegeben. Unter den zwanzig Dozenten des Instituts waren mehrere hervorragende Fachgelehrte. Volkskonzerte wurden in diesem Jahre 32 abgehalten, die von 11 750 Personen besucht wurden. Seit dem Entstehungsjahr der Volkskonzerte, 1894, betrug die Zahl der Besucher 91 300. Außerdem besitzt das Institut noch einen Lesesaal, der im letzten Jahre von 4054 Personen besucht wurde, und eine Bibliothek, aus der in demselben Zeitraum 4050 Bände entliehen wurden und deren Vorratbestand im verfloffenen Jahr um 215 Bände vermehrt wurde.

Die Gesamtsumme der Personen, die in den 21 Jahren des Bestehens des Instituts dessen verschiedene Veranstaltungen benutzten, beträgt 590 500.

Die gesamten Einnahmen betragen im verfloffenen Jahr einschließlich des Stadt- und Staatsbeitrags 22 724 Kronen; die Ausgaben 19 261 Kronen. Das gesamte Eigentum des Instituts repräsentiert einen Wert von 131 592 Kr.

Im Eintrittsgeld wurde für die gewöhnlichen Vorlesungen 10 Ders, für Extrakurse und für die Konzerte 25 Ders verlangt. —

Sociale Rechtspflege.

Nichterfüllung der Voraussetzungen des Arbeitsverhältnisses als Entlassungsgrund. Der 18jährige Buchbinder A. war bei einem Buchbindermeister L. gegen einen Wochenlohn von 12 Mark in Arbeit getreten. Es stellte sich bald heraus, daß der kurz vorher aus der Lehre gekommene junge Mann nur mangelhaft vorgebildet war. Der Meister wollte ihn fortschicken, befehl ihm aber auf sein Bitten noch einige Zeit, bis A. eine Arbeit verdaute. A. klagte dann gegen L. beim Gewerbegericht wegen unberechtigter plötzlicher Entlassung mit dem Antrage, ihm eine Lohnentschädigung zuzubilligen. Die Kammer VIII des Gewerbegerichts wies die Klage ab und der Vorliegende Dr. Meier führte begründend aus: Die Verpflanzung einer Arbeit sei an sich noch kein Entlassungsgrund. Im vorliegenden Falle lägen aber die Dinge so, daß man sagen müsse, Kläger habe von vornherein die Voraussetzungen des Arbeitsverhältnisses nicht erfüllt. Schon aus diesem Grunde habe Verklagter den Kläger nach vergeblichen Versuchen mit ihm ohne vorherige Kündigung entlassen können.

Gerichts-Beitrag.

Ein Meineidprozess, welcher jenen gewissenlosen Durschen zu denken geben sollte, die gegen die Socialdemokratie mit den bekannten Verleumdungen operieren, spielt sich zur Zeit in Danzig ab und giebt ein erschreckendes Bild von dem moralischen Tiefstand der frommen und streng „ordnungsgehenden“ lissubischen Landbevölkerung. Es handelt sich, wie der „Post“ aus Danzig berichtet wird, darum, den wechselnden Kurs des Meineids in gewissen lissubischen Gegenden sachgemäß festzustellen. Als Normalpreis galt früher in einigen Ortshäusern an der Meineidbörse der Satz: fünf Dittchen (Groschen) und ein Schwaps. Man muß sagen, daß damit der Meineid geradezu veramtet wurde. Zu dem Prozeß sind fast ein viertel-tausend Jungen geladen. Das Objekt, um das es sich ursprünglich handelt, hat den Wert von 36,70 M., während die inzwischen gezahlten Meineidspreise in Summa diesen Betrag erheblich überschreiten dürften. Denn von einem solchen nimmt die Angelegenheit ihren Ausgang, und zwar von einem im Jahre 1896 von dem Angeklagten Biesel und dessen Vater begangenen Forstdiebstahl. Biesel Vater und Sohn wurden damals wegen des Diebstahls einiger Kiefernstämme im oben genannten Wert verurteilt, legten aber Berufung ein. Es fanden sich zahlreiche Entlassungszeugen, aber einige Zeugen sagten auch unglücklich aus. Die Folge war, daß sie von den Angeklagten wegen Willkür angezeigt wurden. Daraus ergab sich abermals ein Prozeß gegen Familie Biesel wegen wissentlicher falscher Anschuldigung und nach abermaligem Auftreten zahlreicher Entlassungszeugen ein umfangreicher Meineidprozess, der wieder weitere Meineidprozesse nach sich zog. Jetzt sitzen auf der Anklagebank zwölf Personen, von denen vier zur Familie Biesel gehören und wegen Anstiftung zum Meineid in 15 Fällen die übrigen wegen Meineids angeklagt sind. Die Angeklagten befinden sich fast durchweg in Besitz mehr oder weniger zahlreicher Vorstrafen. Ein einziger, dessen Aufenthaltsort seit einiger Zeit wegen eines früheren Meineids das Justizhaus zu Graudenz ist, bekennet sich schuldig. Die Zahl der Zeugen beläuft sich, wie schon gesagt, auf weit über zweihundert. Der Vorsitzende des Gerichtshofs lenkte die Verhandlungen das traurige Kulturbild, indem er in einer kurzen Ansprache an die Geschwornen hervorhob, daß sich in der Kasse schon öfter eine Gruppe von Personen gebildet hat, die durch Gewissenhaftigkeit in Bezug auf Selbsterrettungen und Verbrechen eine ganze Gegend verlichten. So sei erst vor ein paar Jahren schon ein Meineidnest ausgehoben worden, worauf denn auch kurze Zeit hindurch Ruhe hergestellt wurde. Jetzt liegt der Verdacht vor, daß man in den Angeklagten eine Gesellschaft entdeckt habe, die gewissenlos zu jeder Zeit einen Meineid leistet, wenn es gilt, einen guten Bekannten heraus- oder einen Feind hineinzureihen. Hoffentlich zieht nicht auch dieser Meineidprozess wieder weitere nach sich.

Zu vierter Instanz beschäftigte sich gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I mit einer Strafsache, die für das Schankgewerbe von principieller Bedeutung ist. Der Restaurateur Emil W. ist bestraft die volle Konzessionsfrist für das an der Janowibrücke 2 belegene Restaurant Verbetore, einschließlich der an der Espre belegenen Terrasse, an welcher die Dampfer der Gesellschaft „Stern“ einen Anlegeplatz haben. Der Angeklagte hat nun mehrfach von seinen Kellnern den Fahrgästen der anliegenden Dampfer auf diesen Dampfern Bier verabfolgen lassen, welches teilweise durch Zutritt der Fahrgäste bestellt, teils von den Kellnern aus den Dampfern präpariert wurde. Er wurde deshalb wegen Gewerbe- und Steuervergehen angeklagt, da angenommen wurde, daß dieser Bierverkauf auf den Dampfern ein besonderes stehendes Gewerbe bilde, zu welchem eine besondere polizeiliche Genehmigung erforderlich gewesen wäre. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung. Es verbot in dem Verhalten des Angeklagten weder eine Konzessionsverletzung noch ein Steuervergehen zu erblicken; so lange die Dampfschiffe an der Terrasse des Lokals anlegen und räumlich mit derselben verbunden seien, stellen sie ein Zubehör der Terrasse dar. Wenn Kellner von der Terrasse aus mit Bier die Dampfschiffe besetzen und es dort verkaufen, so überschreiten sie zwar den polizeilich konzessionslosten Raum, schaffen aber für den Angeklagten keine neue besondere, örtlich selbständige Betriebsstätte. Die sechste Strafkammer hob das freisprechende Urteil auf und verurteilte den Angeklagten wegen Gewerbe- und Steuervergehen zu 10 M. Geldstrafe. Das Berufungsgericht trat der Auffassung des Schöffengerichts nicht bei, daß ein an der Terrasse anlegendes Dampfschiff Zubehör der Terrasse wird, und nahm an, daß der Angeklagte auf dem jedesmal landenden Schiffe einen den Rahmen seiner Konzession überschreitenden besonderen Ausschank betrieb. — Dieses Urteil griff

Rechtsanwalt Leopold Meyer durch das Rechtsmittel der Revision an und führte aus, daß das Urteil auf einer Verleumdung des Begriffs und des Umfangs des Schankgewerbes beruhe. — Das Kammergericht erachtete die Feststellung der Strafkammer für rechtserrnlich, hob das Urteil auf und verwies die Sache zur anderweitigen Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Das Kammergericht sagte: Der selbständige Betrieb eines stehenden Gewerbes setze immer voraus, daß für diesen Betrieb Anlagen geschaffen und Einrichtungen getroffen werden, sowie daß eine örtlich selbständige Betriebsstätte eröffnet wird. Diese Voraussetzungen fehlen hier; der Bierverkauf auf den Dampfern war von dem konzessionslosten Betriebe auf der Terrasse und in dem Restaurant vollständig abhängig. Eine Bestrafung auf Grund der §§ 83 und 147 Absatz 1 Nr. 1 der Gewerbe-Ordnung sei sonach ausgeschlossen, dagegen sei zu prüfen, ob sich der Angeklagte nicht wegen Verletzung geistiger Getränke von Haus zu Haus auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen schuldig gemacht habe. — Dem gegenüber machte der Verteidiger geltend, daß § 42a der Gewerbe-Ordnung nur das Verbot von geistigen Getränken auf öffentlichen Wegen z. betr. ist, wenn dieses selbständig geschieht, d. h. losgelöst von stehenden Betriebsstätten des selbständigen. Dies sei hier keineswegs der Fall. — Die VI. Strafkammer entschied sich nun gestern dahin, daß allerdings eine solche Verletzung vorliege und sie erkannte daher aus diesem neuen Gesichtspunkte auf 10 M. Geldstrafe.

Aus der „Gesellschaft.“ Eine seit dem Jahre 1895 schwebende Privatklage ist gestern nach vielen Nöhen vor dem hiesigen Schöffengericht aus der Welt geschafft worden. Im Jahre 1895 hatte die Baronin v. Falkenberg geb. Schmidt zu Reutheß bei Koburg gegen ihren geschiedenen Ehemann Baron v. Falkenberg genannt v. Lederfeger die Verleumdungsklage angestrengt. Letzterer, der als Baron v. Lederfeger in den siebziger Jahren in eine Titel- und Ordensritter-Affaire verwickelt gewesen ist, hat im Jahre 1891 Hel. Jenny Schmidt geheiratet, die Ehe ist aber schon 1892 geschieden worden. Nach der Trennung der Ehe strengte die Baronin eine Zivilklage gegen ihren geschiedenen Mann an, bei der es sich um Herausgabe einer Summe von 173 000 Mark handelte, die sie ihrem Ehemann gegeben haben wollte. Sie fühlte sich dadurch beleidigt, daß ihr Ehemann von ihr behauptet hatte, sie habe eine Urkunde gefälscht und einen Meineid geleistet. Außerdem fühlte sie sich durch einen Artikel beleidigt, der unter der Ueberschrift: „Die Frau Baronin, Sittenbilder aus der feinen Gesellschaft“, seiner Zeit in der Zeitung „Deutsches Volksrecht“ des Abgeordneten Dr. Bödel erschienen und in andere Zeitungen übergegangen war. Darin waren schwere Angriffe auf ihre Familie und ihren Lebenswandel enthalten. Die Verleumdungsklage richtete sich daher ursprünglich auch noch gegen den Verfasser jenes Artikels und zwei andre Personen, die gegen diese aber zurückgezogen worden. Baron von Lederfeger-Falkenberg hatte seiner Zeit die Widerklage erhoben. Zahlreiche Termine, zu denen die Klägerin 9 bis 10 mal aus Koburg persönlich herüberkommen mußte, sind ergebnislos geblieben, es wurden immer neue Beweisangebote gestellt und der Kreis der notwendigen Vernehmungen immer mehr erweitert. Gestern kam nun durch die Bemühungen des Justizrats Schmidt II für die Klägerin und des Rechtsanwalts Dr. Werthauer für den Angeklagten und Widerkläger ein Vergleich zu stande. Baron von Falkenberg gab zu Protokoll, daß er bedauere, zu dem Privatklageverfahren Bestätigung gegeben zu haben, übernahm seine und die gerichtlichen Kosten und verpflichtete sich, der Klägerin eine Summe von 1000 M. als Entschädigung für ihre Unkosten zu zahlen.

Die Opposition gegen den Boerentrieg

nimmt augenscheinlich in England zu. In der Queens-Hall zu London wurde am Mittwochabend eine große Protestversammlung gegen den Krieg veranstaltet, in der die früheren Kapminister Perciman und Sauer sprachen. Labouchere führte den Vorsitz. Auch verschiedene Parlamentsmitglieder waren anwesend. Es waren alle Maßregeln getroffen, um einer Störung der Ordnung vorzubeugen. Von der Tagespresse war die Lösung ausgegeben worden, die Versammlung zu stören. Die Agenten Chamberlains aber mußten sich damit begnügen, einige Fenstersteine einzuworfen. Labouchere erklärte, Südafrika werde eine Quelle der Schwäche für das britische Reich, welches eine Föderation von Nationen sei, die sich ihm freiwillig angeschlossen. Jetzt aber versuche es, eine Nation dazu zu zwingen. Die Behandlung von Frauen und Kindern in Südafrika sei grauenhaft. Mit großer Begeisterung wurde eine Resolution gefaßt, in welcher die südafrikanische Politik der Regierung verurteilt wird, insbesondere bezüglich der Behandlung der Frauen und Kinder, und die Regierung aufgefordert wird, den Boeren völlige Unabhängigkeit zu gewähren.

Vor der Versammlung sang allerlei hurra-patriotisches Gesindel imperialistische Gassenhauer.

Lezte Nachrichten und Deyeschen.

Breslau, 20. Juni. (W. G.) Die schwarzen Fäden sind, wie der Breslauer General-Anzeiger meldet, von dem Wallfahrtsorte Altdorf, außer nach Wilmberg, auch nach Nieder-Röschmalz und Hönigsdorf, Kreis Grottau, verschleppt worden. In Hönigsdorf ist ein sieben Monate altes Kind, das noch nicht gekriecht ist, angestekt worden. Die übrigen Kinder der Familie, die sämtlich gekriecht sind, befinden sich wohl.

Braunschweig, 20. Juni. (W. G.) Heute mittag entgleiste in der Nähe von Borjum der Schnellzug Berlin-Wagen bei einer scharfen Kurve. Die Lokomotive und die beiden nächsten Wagen stürzten um; hierbei verunglückte der Insasse, der eine schwere Quetschung der Beine davontrug, während zwei andre Personen vom Pufferpersonal mit leichteren Verletzungen davon kamen. Von den Passagieren wurde niemand verletzt. Von Braunschweig ging sofort ein Hilfszug ab.

Wien, 20. Juni. (W. G.) Wie verlautet, wurde der Schriftsteller Dr. Arthur Schnitzler, welcher Regimentarzt der Reserve ist, vom militärischen Ehrenamt seiner Offizierscharge für verlustig erklärt, weil sich das österreichische Offizierscorps durch Schnitzlers kürzlich veröffentlichte novellistische Studie „Leutenant Sutti“ beleidigt fühlte.

London, 20. Juni. (W. G.) Unterhaus. Dillon fragt an, ob die verbündeten Mächte sich geeinigt hätten bezüglich des Betrages der von China zu zahlenden Entschädigung, bezüglich der Art und Weise, wie die Entschädigungssumme aufgebracht werden soll und bezüglich der Mittel, durch welche die Zahlung der Raten der Entschädigungssumme sichergestellt werden soll. Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Craunborne, erwidert, daß in der von den Gesandten an die chinesischen Bevollmächtigten gerichteten gemeinsamen Note die Entschädigungssumme auf 450 Millionen Taels festgesetzt wurde. Ueber die anderen Fragen werde noch beraten.

London, 20. Juni. (W. G.) Unterhaus. Bei Beratung der Finanzbill begründet Flower einen Abänderungsantrag, nach welchem dem aus den britischen Kolonien eingeführten Zucker eine teilweise Befreiung vom Zoll gewährt werden soll. Schanzlanger Habs-Beach erwidert, die Annahme dieses Antrags würde die Wiederaufnahme meiner Politik bedeuten, die vor 40 Jahren aufgegeben sei, da sie weder England noch den Kolonien Vorteil bringt. Wenn diese Politik bezüglich des Zuckers wieder aufgenommen würde, so müßte sie auch auf die anderen Kolonialprodukte ausgedehnt werden. Der englische Export nach den fremden Staaten würde dadurch ernstlich getroffen werden. Der englische Ausfuhrhandel nach den fremden Staaten war doppelt so groß, wie der englische Ausfuhrhandel nach den Kolonien. Die fremden Staaten würden dieselben Zugeständnisse machen, wie die Kolonien, und würden die gleiche Behandlung verlangen, die England ihnen nicht bewilligen könnte. Der Antrag wird schließlich mit 306 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Kommunales.

Stadtoberordneten - Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 20. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die nur sehr schwach besuchte Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Die neue „Ordnung“ betreffend den Anschluß an die Kanalisation und die Erhebung von Kanalisationsgebühren in der Stadt Berlin ist von dem niedergesetzten Ausschuss mit ganz unvorteilhaften Änderungen angenommen worden.

Für die fernere Aufstellung und Führung der Rekrutierungs-Stammrollen, die bisher vom Polizeipräsidenten unentgeltlich besorgt wurde, soll diesem von jetzt ab, da es sich um eine unzweifelhafte Gemeindefrage handelt, als Entschädigung ein Betrag von 70 Pf. pro Kopf der Bestimmungspflichtigen gezahlt werden.

Heute stimmt die Versammlung der Vorlage ohne Diskussion zu. Das Regulative für die Untersuchung des Schlachtviehs auf den städtischen Schlachthöfen soll, um eine noch gründlichere und zuverlässigere Fleischschau zu ermöglichen und den Mißbrauch der Düngeschwämme ununterbrochen und ungestörten Fleisches zu verhüten, in der bereits mitgeteilten Weise abgeändert werden.

Auch diese Änderung erlangt ohne weiteres die Zustimmung der Versammlung. Um die Ermittlung der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 für Berlin und die Vororte zu beschleunigen, soll ein Betrag von 75 000 M. über die bereits bewilligten 100 000 M. hinaus noch im laufenden Etatsjahr voranschauweise verausgabt und aus dem Etat für 1902/3 erlassen werden.

Auf dem Grundstück der Vereinigten Berliner Mörstelwerke in der Bachstraße beim Bahnhof Tiergarten soll eine neue Straße 5 A Abteilung V 2 des Bebauungsplans nach dem Schleswiger Ufer angelegt werden. Die geplanten Grundlinien erfahren auf Wunsch des Polizeipräsidenten durch Abschragung der beiden spitzen Winkel an der Bachstraße und am Schleswiger Ufer nachträglich eine Abänderung, mit der sich die Versammlung einverstanden erklärt.

Die Brangellstraße zwischen Gubrystraße und Gubryer Ufer soll mit Asphalt, die Colmarestraße zwischen Belfort- und Treskowstraße und die Ruppinerstraße zwischen Anflamer- und Hühnersbergstraße sollen mit Holzpflaster versehen werden.

Nach kurzer Debatte tritt die Mehrheit dem Magistratsantrage bei.

Der Neubau der Berliner Bank an der Ecke der Charlotten- und Behrenstraße ist von der Baupolizei nur unter der Bedingung gestattet worden, daß ein 2,19-2,28 Meter breiter Streifen von der Behren- bis zur Rossmarienstraße zur Verbreiterung der Charlottenstraße freigelassen wird. Diese 111 Quadratmeter große Fläche hat die Bank der Stadt unentgeltlich angeboten.

Eine Diskussion entsteht nicht; die Vorlage gelangt glatt zur Annahme.

Zur Beratung gelangt nunmehr die Vorlage wegen Feststellung der Bedingungen, unter denen Gasautomaten aufgestellt und Gemeindevorrichtungen für Leucht- und Kochgas von der Stadt vermiezt werden sollen. Der Inhalt der Vorlage ist im einzelnen bereits mitgeteilt. Die Hauptfrage ist, daß für 10 Pf. 675 Liter Gas geliefert werden, was einem Preise von 14,8 Pfennig für den Kubikmeter entspricht, hierin ist der Mietpreis für die Einrichtung inbegriffen.

Stadt. Daber weist darauf hin, daß die Bestimmung, wonach die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung eines Antrags auf Automatenlieferung und Gaseinrichtung allein dem Gasatorium zuzustehen soll, für die Interessenten zu hart erscheint, und gibt anheim, erst bei Ueberföhrung einer gewissen Kostensumme dem Gasatorium diese Kompetenz zu erteilen. Auch sollte das durch den Automaten zu liefernde Gasquantum erhöht werden.

Nach einer kurzen Entgegnung des Stadt. Jacobi (S. 2.) wird die Vorlage unverändert angenommen.

Schluß 1/47 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Genossen des ersten Wahlkreises veranstalten am Sonntag einen Ausflug mit Familie nach der Pferdebahn. Treffpunkt Schlessischer Bahnhof früh 7 Uhr; für Radfahrer Pferdebahn.

Reinickendorf-West und Umgegend. Am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr findet im Saale der Wwe. L. H. o m a s eine Volksversammlung für Frauen und Männer statt. Vortrag des Genossen Reichstag-Abgeordneten Rosenow über Junkertum und Bauerntum im Lichte der Geschichte und die Korngölle. Zur Deckung der höchsten Zellerfassung, zahlreicher Besuch erwartet.

Der Wahlverein Johannisthal hält seine Mitgliederversammlung am 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Rau ab.

Nieder-Schneeweide. Sonnabendabend 8 1/2 Uhr hält der sozialdemokratische Wahlverein seine Mitglieder-Versammlung bei Franz, Grünauerstr. 6, ab. Gäste haben Zutritt.

Lokales.

Der Schwesternstreik.

Vor etwa 14 Tagen wurde vor dem Schöffengericht eine Verleumdungklage verhandelt, die der frühere Hilfsarzt des Keltower Kreis-Krankenhauses zu Groß-Lichterfelde, Dr. Klein, gegen die daselbst am Anstalt angehörende Oberschwester Klara v. Niebelschütz erhoben hatte. Zu einem vorläufigen Urteil hatte die Oberschwester gegen den Kläger den Vorwurf der Unfähigkeit erhoben und ihm indirekt zur Last gesetzt, daß er den Tod eines diphteriekranken Kindes verschuldet habe. Dadurch fühlte sich Dr. Klein beleidigt. Nach dem Gutachten des leitenden Arztes, Geheimrat Dr. Saweninger, hat Dr. Klein in dem von der Schwester gestellten Falle vollkommen korrekt, sachmännlich und praktisch richtig gehandelt.

Der Kläger sieht noch an, daß in dem in Betracht kommenden Falle von den Schwestern nicht die geringste Vorlesung für die notwendige Operation getroffen worden sei und daß Nachlässigkeiten ähnlicher Art im Keltower Kreis-Krankenhaus nicht zu den Seltenheiten zählten, ihre Veröffentlichung jedoch mit Rücksicht auf das Krankenhaus unterblieben sei. Die sozialen Gegensätze zwischen den „hochgeborenen“ Schwestern, die sich in die dienende Stellung einer Pflegerin schwer hineinfinden könnten, und den Ärzten, deren Anordnungen sie sich fügen

sollten, traten oft scharf hervor. Der Gerichtshof sprach die beklagte Oberschwester frei, da ihr berechtigtes Interesse zur Seite stünde.

Damit war die Angelegenheit des Krankenhaustauses jedoch durchaus nicht zu Ende; die Gegensätze zwischen Ärzten und Krankenpflegerinnen haben sich vielmehr in den letzten Tagen so scharf zuspitzt, daß die Oberschwester Klara v. Niebelschütz und 11 andre Johanniter-Schwester zu Anfang der Woche ohne viel Federlesens die Arbeit niederlegten. Ob die gewerkschaftliche Organisation der Krankenschwestern noch nicht gut funktioniert, bleibe dahingestellt; genug, es sollten sich mittlerweile einige arbeitswillige Ersatzschwester gefunden haben. Ueber die Notwendigkeit polizeilicher Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen und Fälle von Streikterrorismus wird jedoch nichts berichtet; ebenfalls fehlen Meldungen darüber, wie die Schwestern den gethanen Schritt, der für die hilflosen Kranken doch hätte verhängnisvoll werden können, mit ihrem Gelächte christlicher Demut und Nächstenliebe haben in Einklang bringen können.

Allerdings scheint es nach einer Darstellung von ärztlicher Seite, als ob der Arbeitniederlegung eigentlich kaum eine ernste Bedeutung beizumessen, da die Hilfsleistungen anderer Schwestern mehr dekorativer Natur sind und die Damen, statt an Kranken und Leidenden niedrige Pflegerdienste zu verrichten, sich selber bedienen lassen. Eine hervorragende ärztliche Autorität teilt dem „Berl. Tagebl.“ nämlich folgendes mit:

Es giebt eine große Anzahl junger Mädchen gebildeter Stände, die sich dem Schwesternberufe als einer Art der Versorgung oder auch einfach als Sport widmen. Die Anstrengungen des Pflegerdienstes der Schwestern sind besonders in den größeren Krankenhäusern nicht allzu erheblich und werden in Latenzzeiten oft überhört. Die größeren Dienstleistungen, ja meist selbst das Waschen der Betten, werden von Hilfswärterinnen oder Dienstmädchen ausgeführt, die auch darüber hinaus noch vielfältig benutzt werden. Auch persönliche Dienste verlangen die Schwestern oft von ihnen: so habe ich in einer großen Klinik beobachtet, daß die Schwestern sich täglich zum Nachmittagskaffee im Garten versammelten, der ihnen von den Dienstmädchen kredenzte war; sie waren zu bequem, selbst ihre Tassen hinauszutragen. Die Krankenschwestern werden in der Regel durch besonders gemietete Wärterinnen verrichtet und es ist sogar vorgekommen, daß Schwestern, die in Notfällen wachen sollten, erkrankten, sie seien dazu kontraktlich nicht verpflichtet. Dagegen ist es zweifellos recht interessant, den Operationen zuzusehen, ein bißchen Medizin zu lernen, das gelegentlich Anlaß zu kleiner Kurpfuscherei giebt, und sich mit den Ärzten zu unterhalten. Durch den fortgesetzten Verkehr mit diesen können sich auch innigere Beziehungen entwickeln, und eine nicht kleine Zahl von Schwestern hat sich mit Ärzten verheiratet, die sie in den Kliniken kennen gelernt haben. Auf der anderen Seite tritt oft eine übermäßige Empfindlichkeit hervor; manche Schwestern verlangen selbst im Krankendienst mit der ausgeübten Höflichkeit behandelt zu werden, wie sie nur im gesellschaftlichen Genuß möglich ist. Hieraus und aus der Meinung, daß sie dem Arzt gleichstehen, entwickeln sich dann vielfältige Konflikte und offene Ausbrüche des Ungehorsams. Leider giebt es auch Oberinnen und Vorstände, die, statt einzusehen, daß in einer Krankenanstalt der Arzt allein zu bestimmen hat, ihre Untergebenen in der Aufsehung gegen die ärztliche Autorität unterstützen; ja, sie möchten sich sogar selbst der leitenden Stellung bemächtigen. Welche Folgen aber die Latenzzeit in Krankenhäusern hat, davon sind Beispiele der letzten Jahre wohl noch in schauernder Erinnerung aller.

Trifft diese Darstellung auch auf das Lichterfelder Krankenhaus zu, so sieht es ja beinahe so aus, als ob der Schwestern-Konflikt von den Ärzten als eine Art Erlösung zu begrüßen wäre. Verhält es sich aber im allgemeinen so, wie die Zeitschrift mitteilt, dann läge allerdings den Krankenhauverwaltungen die Pflicht ob, einmal einen Tisch zu machen und den Schwestern und Oberschwestern zu zeigen, daß eine öffentliche Heilanstalt von allen Angestellten ernstlich erfüllt werden muß und nicht dazu da ist, sich vom Dunkel überflüssiger Damen Vorschriften machen zu lassen.

Die Mitglieder der städtischen Deputation für das Straßen-Reinigungswesen werden sich am nächsten Sonntag und Montag nach Pankow bei Mönchen begeben. Vertreter des Ministeriums des Innern und des Polizeipräsidenten werden sich anschließen. Es handelt sich um die Beschaffung und Prüfung der dort betriebenen Müllwagen Müllaufarbeitungs-Anstalt, nachdem die Frage der Beseitigung des Berliner Hausmülls infolge der Weigerung der Landgemeinden, Müll aus Berlin aufzunehmen, dringend der Lösung bedarf. Die Mitglieder der Deputation haben ein ähnliches Werk in Budapest in Augenchein genommen und wollen nunmehr das erst neuerdings erbaute Werk prüfen, um dann möglichst endgültig den Berliner Gemeindebehörden Vorschläge für die Beseitigung und Verwertung von Hausmüll zu unterbreiten. Die früher angestellten Versuche der Müllverbrennung blühten wegen der außerordentlich hohen Kosten nicht für Berlin empfehlenswert sein, um so mehr dränge jetzt die Entscheidung über ein für eine Großstadt wie Berlin geeignetes System der Müllbeseitigung. Der Anlage in Pankow wird nachgelagt, daß sie ohne allzu hohe Kosten und nach vorübergehender mechanischer Sortierung des Hausmülls in „Speisgut“ sowie in „Feinmüll“ und „Grobmüll“, und nachdem die Staubteile, Papierschnitzel und sonstigen Schmutz durch starken Luftzug abgeblasen worden sind, den Rest leicht verbrennt. Die Knochen werden in Knochenmehl und Kain verarbeitet, Lumpen und Häuten werden dort gewaschen und desinfiziert. Das ausgelesene Papier wird getrocknet und in einer Drehschneidemaschine von anhaftenden Unreinlichkeiten befreit. Der Feinmüll wird gelagert und entwässert durch die eintretende Gärung eine Temperatur von 70 Grad, worauf er auf Düngemittel weiter verarbeitet wird.

Zum Kampf gegen die Apotheker. In der „Vossischen Ztg.“ teilt ein Korrespondent mit, daß der Vorstand des Vereins zur Einführung der freien Arztwahl auch unter den veränderten Verhältnissen sich bereit erklärt habe, auch in der Folge zwischen den beiden streitenden Parteien zu vermitteln. Zu fordern sei, daß in Zukunft, während die Einigungsverhandlungen schweben, Waffenstillstand inne gehalten wird.

Ob die Krankenkassen nach der schönen Handlungsweise, der sich die Apothekenbesitzer vorgestern schuldig gemacht haben, besondere Lust zu neuen Verhandlungen zeigen werden, bleibe dahingestellt.

Der Apothekenbohrer bleibt einem hiesigen bekannten Forscher, Professor L. Rewin, Veranlassung zu einem ernsten „Wahnsinn“ an die Apotheker, daß die „Med. Wochenschrift“ veröffentlicht. Prof. Rewin, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiet der Arzneimittellehre, warnt die Apotheker den Vogen allzuoft zu spannen und rät ihnen, den Krankenlassen Erleichterungen zu gewähren, die sie auf Grund ihrer zahlreichen Privilegien unbedingt gewähren können. Andernfalls könnten die Kostenverwaltungen einem bereits im Jahre 1890 zu Paris gegebenen Beispiel folgen, wo die Apotheker bei einem Kampf mit den Ärzten schließlich dadurch vollkommen ruiniert wurden, daß dem Publikum Belehrungen über die Selbstbereitung von Arzneien gegeben wurden. Auch heute wären die Ärzte leicht in der Lage, allen Arzneibedürftigen exakte Unterweisungen über die Selbstbereitung von Medikamenten zu geben.

Der „Wochenschrift“ des Herrn Scherl ist es in der Schweiz recht schlecht ergangen. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Zürich gemeldet: „Vor der hiesigen Abgabe der Scherl'schen „Wochenschrift“ demonstrierte gestern über dreiviertel Stunden eine nach Tausenden

zählende Volksmenge wegen des gegen die Schweiz gerichteten Inhalts. Die Zeitschrift wurde in Haufen auf der Straße verbrannt. Der Lärm war unbeschreiblich. Die Polizei beschänkte sich auf Notwendigkeit.“ Die Ursache dieses Unwillens ist in einem Burschenbericht der „Wochenschrift“ zu suchen, worin über den Rücklauf der Nordostbahn wirklich gesagt wurde:

„Die äbel beleumundete Schweizerische Eidgenossenschaft bemüht sich in dieser trüben Zeit, ihrem Ruf auf Kosten der deutschen Spärer neue Ruhmestitel beizufügen. Die Vergewaltigung der Aktionäre der Schweizerischen Nordostbahn, denen man ihren Besitz unter der Beihilfe der Direktion und des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Bahn für ein Einseitiger wegzulapern im Begriffe steht, ist einer der unerhöflichsten Vorgänge in der neueren Verfallensgeschichte. Ein Finanzskandal allerersten Ranges! Schiller sagt nicht mit Unrecht: „Vernut nur dies Volk der Hirten lernen!“

Das Blatt, in dem diese gegen unser Vaterland gerichtete Unflätere zu lesen steht, ist die „Scherl'sche „Wochenschrift“, die bekanntlich, auf den Ungehörigkeit der niedrigsten Bildungsstufe berechnete illustrierte Wochenschrift. Wir wollen sehen, wie viele Beschauer und Käufer nach dieser Leistung die traurige Angelegenheit der widerwärtigen journalistischen Geldspekulation in unserer „äbel-beleumundeten Eidgenossenschaft“ noch finden wird.“

Ein Verner Blatt bemerkt zu dem nebenbei unrichtigen Citat: „Sicher ist, daß die „Wochenschrift“ sich die größte Mühe giebt, das „Volk der Hirten“ kennen zu lernen, denn sie ist förmlich auf der Jagd nach Schweizer Abonnenten.“ Die Direktion der Schweizerischen Nordostbahn hat den Verkauf der „Wochenschrift“ auf den Stationen ihres Verkehrsbezirks verboten, ein Verfahren, das allerdings der freien Schweiz selbst der „Wochenschrift“ gegenüber merkwürdig anstößt.

In dem das Habenaad betreffenden Artikel unserer gestrigen Nummer hat der Druckfehlerentseher arg gewinkt. Aus dem w u n d e r l i c h e n Gesangbuchstreich machte er als Erzfeind alles Heiligen einen widerlichen Gesangbuchstreich und auf der letzten Zeile fälschte er das Wort Subtilität in Stabilität um.

Die Pocken in Berlin. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Das Vorkommen einiger Fälle von echten Pocken veranlaßt mich, die Anzeigepflicht der nach § 2 des Reichsgesetzes betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 (R.-G.-Bl. S. 306) zur Anzeige verpflichteten Personen bis auf weiteres auch auf die Windpocken (Varicellen) auszuweiten, da diese zu den Fällen gehören, welche zur Zeit den Verdacht der echten Pocken erwecken. Um die als notwendig erachteten Schutzmaßregeln möglichst sofort in die Wege leiten zu können, erlaube ich, den zuständigen Polizeibehörden von der Pockenkrankung schleunigt Mitteilung zu machen. Zugleich weise ich darauf hin, daß die durch eine erfolgreiche Impfung herbeigeführte Festigung gegen die Ansteckung (Immunität) im Laufe der Jahre mehr und mehr abnimmt; nur eine erneute Impfung vermag die betreffenden Personen gegen die höchst ansteckende Ursache von neuem zu festigen. Ich habe deshalb die Kreisärzte angewiesen, in Häusern, in denen Pocken beziehungsweise pockenverdächtige Krankheiten ausgebrochen sind, unentgeltliche Hausimpfungen vorzunehmen und kann den in solchen versehrten Häusern oder in deren Nachbarschaft wohnenden Personen in ihrem eignen Interesse sowie in dem ihrer Mitmenschen nicht dringend genug anraten, einem solchen an sie herantretenden Ersuchen, sich impfen zu lassen, Folge zu geben.

Zwei schwere Straßenebahnunfälle sind vom Mittwoch zu vergleichen. Ueber den einen, in der Straßbergerstraße, ist schon kurz berichtet worden. Ihm fiel das 2 1/4 Jahre alte Söhnchen Kurt des Tischlers Wallmeister aus der Cotheniusstr. 18 zum Opfer. Der Kleine hatte mit seinen 4 und 6 1/2 Jahre alten Schwestern im Friedrichshain gespielt. Während Frau Wallmeister ihre Kinder noch dort wachte, war die älteste Tochter auf den Gedanken gekommen, mit den Geschwistern den Vater von seiner Arbeitsstelle in der Weberstraße abzuholen. Als die Kinder vor dem Hause Straßbergerstraße 47 den Fahrdamm überschritten, rief sich Kurt von seiner Schwester los. Alle drei hatten aber schon den andern Bürgersteig fast erreicht, als der Knabe, von dem Geräusch des Straßenebahnwagens Nr. 1475 erschreckt, wieder umkehrte und in der Bewirnung gerade vor den Wagen lief. Der Unglückliche zog sich unter der vorderen Plattform so schwere Verletzungen an Brust und Hals zu, daß er bald darauf unter den Händen eines Arztes auf der Wache des St. Nevers starb. Der zweite Unfall, bei dem ein Familienvater zum Krüppel gefahren wurde, trug sich eine halbe Stunde später, kurz nach 6 Uhr, in der Landstraße bei. Hier an der Ringbahn zu. Hier wird zur Ueberführung einer Chaussee eine neue Brücke gebaut. Als der 44 Jahre alte Zimmermann Karl Kneif aus der Schulstr. 89 von der Arbeit nach Hause ging, kam er an dem Brückendamm vorbei und blieb einen Augenblick stehen, um ihn sich anzusehen. Während er sich nun umwandte, ohne auf seine Umgebung zu achten, sahte ihn ein Wagen der Linie Wohmannstraße-Hohenz-Schönhausen und warf ihn um. Kneif geriet unter das rechte Vorderrad, das ihn das linke Bein vollständig zermalmete. Der Verunglückte, der mit einem Unfallwagen des Böhmischen Brauhauses nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht wurde, beklagte, seine eigenen Schmerzen nicht atzend, nur seine arme Frau, die sich gestern morgen einer Operation hatte unterziehen müssen, und seine fünf Kinder, die alle noch schulpflichtig sind.

Die Persönlichkeit des Juwelendiebes Ende ist noch immer nicht festgestellt und der jugendliche, elegante Mann, der offenbar ein internationaler, verschiedene Sprachen sprechender Verbrecher ist, macht der Polizei viele Schwierigkeiten. Soviel steht fest, daß der Verhaftete mit noch drei anderen Verbrechern zusammengepackt und die Juwelendiebstähle bei Simmes und Petermann ausgeführt hat. Die Ermittlungen der Polizei nach seiner eignen Person und seinen Helfershelfern sowie nach Beweisen für deren Beteiligung an anderen Einbrüchen nimmt einen großen Umfang an. Der mitverhaftete Uhrenhändler V. A. Wolff, in dessen Laden an der Spandauer Weide die gestohlenen Juwelen schleunigt veräußert wurden, hat den Rechtsanwalt Dr. Werthauer zu seinem Verteidiger bestellt. Kneif ihm ist noch ein Agent Eisfelder in Haft genommen worden, der dem Wolff den angeblichen Ende und die drei anderen verdächtigen Männern zugeführt hat. Eisfelder wird vom Rechtsanwalt E. Marculs verteidigt. Wolff ist seit Montag wieder zum Polizeipräsidenten zurückgeführt worden, und die Polizei ist damit beschäftigt, mit ihm sein ganzes Warenlager durchzugehen und Stiefel für Stiefel festzustellen, wo die Sachen herstammen. Wolff, der in der Grobbeerstraße noch einen zweiten Laden besaß, lebte übrigens auf recht großer Ruhe. Ein für ihn bei der Dresdener Bank stehendes größeres Guthaben, von dem er behauptet, daß es aus einem großen Lotteriegewinn herrühre, ist einstweilen polizeilich beschlagnahmt worden. Wie es scheint, will auch er Zweifel an seiner Juramentfähigkeit erregen. — Der beschlossene Goldwarenhändler Hülser hat, wie noch erwähnt sein mag, die Gesellschaft „Fides“, bei der er sich gegen Diebstahl versichert hatte, in Höhe von 22 000 M. in Anspruch genommen.

Die spanischen Schatzgräber versuchen jetzt mit neuen Tricks, ihre Opfer in Deutschland zu lockern und auszulündern und haben gleichzeitig das Feld ihrer Tätigkeit von Madrid nach Paris verlegt. Statt des Dieners des „Gefangenen“ ist es jetzt dessen 15jährige Tochter, die das Geld in Verwahrung nehmen soll. Da der Vertrag in der alten Form nicht mehr zieht, so werden den Schatzgräbern Dokumente aus dem Staatsgefängnis in Madrid sowie Zeitungsausschnitte, in denen über die Verurteilung des Inhaftierten berichtet ist, beigelegt. Der Schatzgräber hat sich, jedoch nicht nach Spanien, sondern unter Wahrung von 2000 Frs. — soviel Kosten verursacht die Hebung des Schates — nach Paris

zu begeben und seine Anwesenheit dort durch eine Chiffre-Anzeige im „Figaro“ bekannt zu machen. — Hoffentlich wird die Pariser Polizei etwas energischer gegen die Schwindlerbande vorgehen, als die spanische Behörde gethan.

Beschädigungen am Bismarck-Denkmal haben, dem „Berl. Tageblatt“ zufolge, die Sandsteinfassungen aufzuweisen. Die Defekte sind zwar nicht erheblich, aber immerhin recht sichtbar. An vielen Stellen sind von den oberen Rändern der Fassungen am Fontänenbeden dünne Sandsteinstücke, oft in einer Länge von 10 Centimeter, abgestoßen worden. Diesen Beschädigungen liegt eine Ursache nicht zu Grunde, sie sind vielmehr durch unabsichtliches Stoßen mit Stöcken oder anderen Gegenständen entstanden. Einzelne Teilnehmer an der Enthüllungsfestlichkeit haben sich auch wohl bei den Hauptmomenten auf die niedrige, kaum einen halben Meter hohe Fassung gestellt. Bis der Sandstein wetterhart geworden ist, bleibt er noch besonders weich und empfindlich, so daß er ziemlich leicht abbröckelt.

Zur schnelleren Abfertigung der Reisenden hat die Staatsbahnverwaltung mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ferienverkehr angeordnet, daß bei den hiesigen Bahnhöfen-Ausgangspunkten auf dem Schlesischen Bahnhof, auf den Stadtbahnhöfen Alexanderplatz, Friedrichstraße und Zoologischer Garten, sowie auf dem Anhalter, Potsdamer, Lehrter, Steintiner und Börsiger Bahnhof, endlich auch auf Bahnhof Charlottenburg, in der Zeit vom 30. Juni bis 26. Juli d. J. täglich von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends Personen-Fahrlinien bereits am Tage vor dem beabsichtigten Reise-Antritt vorausgibt werden. Auch wird das Reisegepäck gleichzeitig mit der Fahrlinien-Lösung bereits am Tage vor der Abreise abgefertigt. Die königliche Eisenbahndirektion ersucht das reisende Publikum dringend, von dieser Einrichtung im eigenen Interesse Gebrauch machen zu wollen.

Eine Verzweigungsthat. Eine aufregende Scene erlebten am Mittwochabend die Fahrgäste eines „Stern“-Dampfers, die vom „Mühlstet“ der Rummelsburger Waisenfinder in Zappert's Waldschloß zurückkehrten. Als der Dampfer um 10^{1/2} Uhr unter der Jannowitzbrücke hindurch fuhr, um an der Landungsbrücke anzulegen, stürzte sich der 46 Jahre alte Arbeiter Josef Barlowka, ein Deströder, der sich seit einigen Monaten in Berlin aufhält, ohne Arbeit finden zu können, unmittelbar vor seinem Bug an der Waide in die See. Der Dampfer, der sofort stoppte, stieß den Lebensmüden an, ohne ihn zu überfahren. Der Controlleur Reumann und ein Arbeiter machten sich von der Landungsbrücke aus mit einem Kahn sofort an die Rettung, die ihnen auch gelang. Ein Schuttmann brachte den Verletzten, der keinen erheblichen Schaden genommen hatte, nach der Wache des 22. Reviers in der Holzmarktstraße und von dort mit einem Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Barlowka giebt an, daß er durch die andauernde Arbeitslosigkeit aller Mittel entblößt und in Verzweiflung geraten sei. Er habe gehofft, daß der Dampfer ihn überfahren und ihm sicher den Tod bringen werde.

Durch seinen Schwager auf der Straße verhaftet wurde gestern der Spezereiwaren-Großhändler Josef Lontag aus Budapest, der seit einiger Zeit wegen Betrugs, vorsätzlicher Brandstiftung und Diebstahls von den ungarischen Behörden verfolgt wird und sich hier in Berlin unangemeldet aufhielt. Durch betrügerische geschäftliche Transaktionen hat er eine Anzahl seiner Gläubiger schwer geschädigt. Eines Tages machte er mit seiner Frau, die von dem drohenden Zusammenbruch keine Ahnung hatte, einen Ausflug und verabredete sich unterwegs plötzlich von ihr unter der Vorgabe, er hätte in seinem Geschäftslokal eine dringliche Angelegenheit zu erledigen zu verzeihen; er wolle alsbald zurückkehren. In seinem Bureau nahm Lontag die Wertpapiere, die den größten Teil der Mittel seiner Frau darstellten, sowie das vorhandene Bargeld und ein fremdes Depositionsum so sich, steckte in der zufälligen Abwesenheit der Angestellten die Geschäftsräume in Brand und floh am selben Abend aus Budapest. In Berlin hatte L. unangemeldet in der Karlstraße gewohnt. Gestern nachmittag wurde er bei einer Promenade unter den Linden von seinem in Berlin ansässigen Schwager bemerkt. Der Schwager hielt ihn an und veranlaßte seine Festnahme. L. wird von der hiesigen Kriminalpolizei alsbald nach Budapest ausgeliefert werden.

Fortgesetzte Mehldiebstähle beschäftigen seit einigen Tagen die Kriminalpolizei. Viele Bädermeister, die längere Zeit schon wahrnahmen, daß gleiche Mengen Mehl nicht mehr die gleiche Menge Backware wie früher gaben, wogen einmal regelmäßig nicht bloß mehr Stückproben, sondern alle Säcke nach und stellten fortgesetzt ein Mehlgewicht von 6, 8 und 10 Pfund auf den Sack fest. Da die Mehlpreise unverändert waren, so glaubte man zunächst, daß die Säcke ungenügend gefüllt worden wären. Diese Annahme erwies sich jedoch als unrichtig, es stellte sich vielmehr heraus, daß Diebe beim Transport an den Säcken die Seitennähte aufgetrennt und nach Entnahme einer genügenden Menge Mehl wieder vernäht hatten. Die Kriminalpolizei hat nun gegen mehrere Kulischer und Fuhrwerke, die die Mehlfuhren zu besorgen pflegen, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Den Schaden, der durch die Diebstähle entsteht, tragen die Mehlhändler, da sie den Bädern für volles Gewicht haften.

Unter der Maske einer Kartenlegerin hat die 40 Jahre alte unverheiratete Ida Lode, Spandauer Straße 6 wohnhaft, ein Geschäft daraus gemacht, leimendes Leben zu vernichten. Als sie ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete auch auf Rixdorf ausübte, fiel sie der dortigen Kriminalpolizei in die Hände. Gestern wurde die gefährliche Kartenlegerin junger Mädchen in Haft genommen.

Wir weisen nochmals auf das Gau fest hin, das die zum Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ gehörenden Arbeiter-Radfahrer der Provinz Brandenburg am Sonntag im Apollo-Theater zu Rixdorf, Hermannstr. 48/50 abhalten. Sonntagnachmittag 3 Uhr findet eine Korsfahrt sämtlicher Radfahrervereine von Münzberg Ballalon, Knebeckstraße, bis zum Festlokal statt.

Ein Vortrag mit Lichtbildern über „Vollstrachen“ findet am heutigen Freitag um 8 Uhr abends im Arbeiterinnenheim, Brüderstraße 8, statt. Eintritt frei.

Feuerhütungsanstaltung. Die am Sonntagnachmittag 6^{1/2} Uhr auf dem Versuchsfeld und Übungsfeld der Internationalen Ausstellung für Feuerhütung und Feuerrettungswesen stattfindende Sanitätsübung wird das Interesse der weiteren Kreise in Anspruch nehmen. Zum erstenmal werden die Vereine vom roten Kreuz mit der Berliner Feuerwehr in eine gemeinsame Aktion treten.

Feuerbericht. Linienstraße 71 waren Donnerstag früh Lampen und Papier in Brand geraten, der die Mehr längere Zeit beschäftigte. Vorher erfolgte ein Alarm nach Siegfriedstr. 5 in Schöneberg, wo die Dachkonstruktion Feuer gefangen hatte. Mittwochnachmittag 6 Uhr war am Straußberger Platz ein Kind von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren, das von der Wehr tot herangezogen wurde. Genthnerstr. 19 wurden Regale, Kleider und Bücher in einem Maler-Keller eingeschichtet, während Scheringstr. 8 durch übergefochten Theer ein kleines Schadenfeuer entstanden war.

Aus den Nachbarorten.

Ein Drahtbruch der Oberleitung der elektrischen Straßenbahn erfolgte gestern vor dem Grundstück Hermannstr. 40 in Rixdorf. Der herabgefallene Draht wickelte sich um einen Straßenbahnwagen, der die Straße passierte. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Die sofort vorgenommene Reparatur dauerte ca. 1 1/2 Stunden, während welcher Zeit die Straßenbahn polizeilich abgeperrt wurde.

Die Mietsteigerungen in Rixdorf scheinen noch lange nicht ihr Ende erreicht zu haben, im Gegenteil hat es den Anschein, als ob die dortigen Hausbesitzer jetzt erst recht die Steigerungsdränge ansetzen wollen. Der Herr von Rixdorfer Grundbesitzer, an dessen Spitze der Stadtrat Thiemann steht, macht jetzt nämlich be-

kannt, daß er „im Interesse seiner Mitglieder Kündigungs- bzw. Steigerungs-Formulare habe drucken lassen und solche durch den Vereinsführer zu beziehen seien.“ Da werden die Rixdorfer Mieter ja wieder nette Ueberraschungen erleben.

Ein bedauerlicher Unfall hat sich in Neudorf beim Zimmermeister Völschel zugetragen. Der 17jährige Lehrling Saueremann war mit einem andren Lehrling beschäftigt, einen hohen Stapel Schalbretter umzustapeln, als aus noch nicht aufgeklärter Ursache der Stoh Bretter umschlug und den Lehrling unter sich begrub. Erst nach 10 Minuten gelang es, den Verunglückten zu befreien, da Hilfe erst weit hergeholt werden mußte. Der Schwerverletzte wurde in das Oberlinthaus gebracht.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung stand am Mittwoch der Antrag Eulenburg und Genossen zur Debatte, der den Magistrat ersucht, von allen ihm zugehenden Entwürfen von Polizeiverordnungen der Versammlung Kenntnis zu geben, bevor der Magistrat zu einem solchen Entwurf Stellung nimmt. In der sehr lebhaften Diskussion erklärte sich Oberbürgermeister Schuster gegen den Antrag, da es sich nicht empfehle, daß das Stadtverordneten-Kollegium in den geschäftlichen Angelegenheiten des Magistrats hinderegreife. In besonderen Fällen werde der Magistrat ja ohnehin sich an die Stadtverordneten wenden, wenn es ihm darauf ankomme, nach den Ansichten der Versammlung lenken zu lernen. Nach längerer Beratung gelangte der Antrag schließlich in folgender abgeänderter Fassung zur Annahme: „Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, von allen ihm zugehenden Entwürfen von Polizeiverordnungen, so weit er dies nach Lage der Sache für angemessen hält, Kenntnis zu geben, bevor der Magistrat zu einem solchen Entwurf Stellung nimmt oder sich rückt.“ Genehmigt wurden die Etatsübersichtungen der Gas-Anstalt, die Vorlagen betreffend Verbreiterung des Dorfwegs und betreffende Anstellung eines städtischen Heizingenieurs. Die neu zu schaffende Stelle, für die ein Gehalt von 6000—7500 M. vorgezogen ist, soll öffentlich ausgeschrieben werden. Die Vorlage betreffend Errichtung eines Werkstätten-Gebäudes auf dem Grundstück der Gasanstalt II ging an einen Ausschuß. Weitere Vorlagen, die ohne wesentliche Debatte zur Annahme gelangten, betreffend das Kabelnetz des Elektrizitätswerks, die Erhöhung des Etats der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule und die Festsetzung des Bebauungsplans sowie die bauliche Erschließung des Gebiets um den Liegensee.

7. ordentliche Generalversammlung des Unterstützungsvereins für alle in der Hut- und Filzwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Luzenwalde, den 19. Juni.

Sigung vom Dienstag und Mittwoch.
Beratungsgegenstand: Statutenänderung.
Im den Charakter des Unterstützungsvereins als Centralorganisation scharfer zum Ausdruck zu bringen, wird der Name „Unterstützungsverein“ in „Centralverein“ umgeändert. — Der Antrag, die Arbeitslosen-Unterstützung vom Verein zu trennen und als separate Kasse zu führen, wurde abgelehnt. Die Delegierten stimmten gegen den Antrag, weil sie eine reine Kampfsorganisation ohne die Arbeitslosen-Unterstützung, welche indirekt als Streik-Unterstützung wirkt, für ein gefährliches Experiment hielten, was besonders dem Arbeitsnachweis Schaden würde. — Eine kurzgefaßte Lohnstatistik soll alsbald ausgenommen und veröffentlicht werden. — Die statutarische Bestimmung: „Nichtmitgliedern kann im Fall einer allgemeinen Aussperrung und Maßregelung in besonders dringlichen Fällen Unterstützung gewährt werden“, wurde gestrichen. Zur Annahme von Vorstandsposten wird jedes befähigte Mitglied statutarisch verpflichtet und dem Vereinsvorstand die Vollmacht erteilt, lässige Vorstandsmitglieder ihres Amtes zu entsetzen. — Die Tagungsorte der Generalversammlung werden fortan durch Urabstimmung bestimmt. — Dem Vereinsvorstand wird die Vollmacht erteilt, den Filialen für gewerkschaftliche Zwecke — Errichtung von Gewerkschaftsbüros, Arbeitersekretariate etc. — Darlehen in Höhe von 2 M. pro Mitglied zu geben. Der Gesamtbetrag dieser Darlehen darf jährlich 1000 Mark nicht übersteigen. — Das Eintrittsgeld für männliche Mitglieder, bisher M. 2,25 und 1,25, wird für beide Beitragsstufen mit M. 1,25 festgesetzt. — Mitglieder, welche aus dem Verein ordnungsgemäß ausscheiden, indem sie zu einem andren Beruf übergehen, sind, wenn sie sich wieder dem alten Beruf widmen, von der Aufnahmegebühr befreit, sofern sie in dem früheren Beruf, bis zum Wiedereintritt in unsern Beruf, centralorganisiert waren und ordnungsmäßig aus dieser Organisation ausgeschieden sind. In der Debatte über vorstehenden Beschluß wurde scharf das Gebahren verschiedener Organisationen verurteilt, welche centralorganisierte Arbeiter, die zu einem andren Beruf übergehen, nötigen, der betreffenden Berufsorganisation beizutreten. Zur Regelung dieser unlieblichen Zustände soll ein diebsbegünstigender Antrag dem nächsten Gewerkschaftskongress unterbreitet werden. Die lokalorganisierten Gutarbeiter sind bis 1. August laufenden Jahres von der Aufnahmegebühr befreit.
Die Beiträge der männlichen Mitglieder — 30 und 45 Pf. pro Woche — bleiben unverändert, die Beiträge der weiblichen Mitglieder werden von 10 auf 15 Pf. erhöht, damit denselben außer der Streik-Unterstützung noch Arbeitslosen-Unterstützung geboten werden kann.

Im Anschluß an die Generalversammlung fand am Abend des 19. Juni eine gutbesuchte Versammlung der Gutarbeiter und Arbeiterinnen statt, in der die fortwährenden Lohnreduktionen in den Luzenwalder Filialfabriken scharf kritisiert wurden. Der Appell an die Versammelten, endlich der Organisation beizutreten, hatte den Erfolg, daß über 100 Personen dem Centralverein beitraten.

Versammlungen.

Der Centralverband der Maurer hielt am Dienstag im Gewerkschaftshause eine große Versammlung aller zum Streitgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen ab, in der bezüglich der Unterstützung der im Februar d. J. ausgeschiedenen Verbandsmitglieder nach lebhafter Debatte folgender Beschluß gefaßt wurde: „Die Versammlung beschließt, daß sie sich principieell mit der Entschädigung einverstanden erklärt, daß die Verbandsleitung jedoch die Pflicht gehabt hätte, diese Angelegenheit der Vertretung oder der Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen und daß in Zukunft die Verbandsleitung dergleichen Beschlüsse nicht mehr fassen darf.“ Hieran wurden den streikenden Tabakarbeitern in Nordhausen 500 M. bewilligt. Panzer ersuchte noch die Kollegen, den Tabakarbeitern ihre volle Solidarität dadurch entgegenzubringen, daß sie nicht solchen Tabak kaufen, der von gesperrten Firmen herkömmt.

In der Versammlung der Dekateure, die am Mittwoch stattfand, berichtete Lehn über den Zustand bei den Firmen Blumenthal, Laub und Meher. Der Versuch dieser Fabrikanten, die Verkäufe in ihren Betrieben als günstig darzustellen, und den Kaufmännigen die Schuld der Arbeitseinstellung zuzuschreiben, sei bis jetzt ebenso mißlungen, wie das Bestreben, anstatt der Kaufmännigen Leute, die man früher verabscheute, als Streikbrecher zu bekommen. Da die Einstellung neuer ungeübter Arbeitskräfte den Fabrikanten mehr Schaden als Nutzen verursacht, seien auch die Kaufmännigen in der besten Hoffnung, daß ihre Forderungen doch noch erfüllt werden müssen. Auch die Versammlung war einmütig der Ansicht, daß die Kaufmännigen nach wie vor moralisch und materiel zu unterstützen seien, und im Ausstand verharren müßten.

Das Friedrichshagener Gewerkschaftstreffen hält am 22. d. M., abends 8^{1/2} Uhr, bei Max Verch, Runderl, eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Genosse D. Schumann über die Errichtung eines Gewerbe-Gerichts referieren wird.

Vermishtes.

Der Wettersturz in den südeuropäischen Ländern hält an. Im böhmisch-sächsischen Erzgebirge, im ungarischen Zentragebirge und in Steiermark sind Schneefälle eingetreten. Die steierischen Flüsse brohen auszutreten. In der Adria wütet bei sehr niedriger Temperatur eine Dora. In Görz und Gradiska wird der durch Unwetter angerichtete Schaden auf eine halbe Million Kronen geschätzt. Aus Graubünden und Tessin kommen ernste Hochschneefälle über Hochwassergefahr. Rhein und Inn haben weite Strecken überschwemmt und Brücken und Straßen weggerissen. In der West-Schweiz ist seit gestern tief herab Reuschnee gefallen, so daß das Vieh von den Alpweiden wieder abgetrieben werden muß.

In Stammheim (Kreis Friedberg) ist ein fünfzehnjähriger Junge verhaftet worden, der verdächtig ist, seine 80jährige Großmutter ermordet zu haben.

Strandung eines spanischen Dampfers. Der deutsche Dampfer „Astoria“, von Japan kommend, ist, wie aus Aden gemeldet wird, am Ras Jadd Hafun gestrandet. Die Mannschaft wurde in Aden gelandet.

Festnahme einer spanischen Räuberbande. Bei Granada wurde eine wohl ausgerüstete Räuberbande, an 30 Mann stark, entdeckt, von ihnen wurden elf verhaftet. Sie überfielen Eisenbahnzüge an Stellen, wo diese wegen starker Steigung langsam fahren, erbrachen die Wagenhüren, warfen Waren heraus und verschwanden dann spurlos. Ein reicher Kaufmann in Archidona, der Leiter des „Unternehmens“, verlor alles Geraubte. So wurde jahrelang geraubt. Viele Bahnbeamte waren bereits unter dem Verdacht des Diebstahls abgesetzt worden. Einer von ihnen beging im vorigen Jahre deswegen Selbstmord.

Marktpreise von Berlin am 19. Juni 1901

nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums.

Wegeln, gut D-Gtr.	—	—	Rostfleisch, neue, D-Gtr.	7.—	5.—
„ mittel	—	—	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20
„ gering	—	—	„ do. Bauch	1,30	1.—
Koggen, gut	—	—	Schweinefleisch	1,60	1,20
„ mittel	—	—	Rindfleisch	1,80	1,10
„ gering	—	—	Hammelfleisch	1,60	1,10
* Weizen, gut	16.—	14,90	Butter	2,60	2.—
„ mittel	14,80	13,70	Eier 60 Stück	3,50	2,20
„ gering	13,60	12,50	Kartoffeln 1 kg	2,40	—
* Hafer, gut	16,20	15,50	Kale	2,90	1,20
„ mittel	15,40	14,70	Hander	2,80	1,20
„ gering	14,60	13,90	Fedde	2,40	1,20
Maiskorn	6,82	6,50	Barde	1,80	0,90
Gerst	7,60	5,30	Welle	2,50	1,20
Erbsen	40.—	25.—	Beize	1,20	0,60
Speisebohnen	45.—	30.—	Krebst	per Schock 18.—	3.—
Binten	65.—	25.—			

* Frei Wagen und ab Bahn.

Produktmarkt vom 20. Juni. Heute wurde der Getreidemarkt angeregt durch die Klagen über massenhaftes Auftreten eines Getreidefliebers, der namentlich in Rommeln und Polen bedeutenden Schaden an den Roggenähren anrichtet. Die Wirkung dieser Nachricht hatte jedoch einen rein nominalen Charakter, da mattere Meldungen aus Amerika eine wesentliche Preissteigerung verhinderten. Außerdem war aus Amerika Ware reichlich offeriert, während inländisches Angebot knapp bleibt und russisches nach wie vor fehlt. Im Gegenteil lagen von seitens sibirischer Firmen sogar Kaufordere für Roggen vor, die nur wegen zu niedriger Preisgebots nicht effektuiert werden konnten. Das Geschäft blieb ruhig; Weizen und Roggen notierten eine Kleinigkeit höher als gestern. Wehl war unverändert, Hafer sehr still, Mais loco auf größere Zufuhren abgeschwächt. Rindfleisch im Inland machte keinen Eindruck, da er mit der schwächeren Befahrung der Saatzpreise im Widerspruch steht. Spiritus unverändert. Wer loco 43,10 M.

Witterungsüberblick vom 20. Juni 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. ° C. — ° F.	Stationen	Barometer hand mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. ° C. — ° F.
Ewinende	770 S	1	wolkenl.	17	17	Japaranda	765 D	2	Regen	13	13
Hamburg	770 S D	1	wolkenl.	13	17	Hamburg	767 S D	1	bedekt	15	15
Berlin	770 S	2	wolkenl.	17	17	Fort	761 S D	3	Regen	13	13
Frankf./M.	770 S D	2	heiter	16	17	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	770 S	4	bedekt	10	17	Paris	770 S D	2	bedekt	16	16
Wien	765 S D	3	heiter	17	17						

Wetter-Prognose für Freitag, den 21. Juni 1901.

Wärmer, vorwiegend heiter bei schwachen südlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die irrtümliche Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

A. J. Z. Plattfüße, normale Schärfe, wegen ungenügender Körperlicher Entwicklung zum aktiven Dienst nicht geeignet. Wer der Erbschaftsverwaltung teilhaftig ist, ist dadurch von der Einziehung zum aktiven (weitzjährigen) Dienst dauernd befreit.

H. S. 100. Ihre Anfrage ist im Briefkasten vom 19. Juni unter derselben Chiffre beantwortet. Wenn Sie behaupten, daß Ihnen nicht geantwortet sei, hätten Sie sich der Mühe nachzusehen nicht entziehen sollen.

C. G. Uns nicht bekannt.

S. S. Rein, aber zur Entschädigung Anwesenheitsgelder in geringer Höhe.
Towarisch. Diese Frage ist schwer zu beantworten. Empfindenswert ist immer am meisten Schloßers Weltgeschichte (ältere Auflage), die allerdings sehr umfangreich ist. Nennenswert ist eine kurz gefaßte Weltgeschichte von Schiller in drei Bänden, die gedruckt wird, die wir aber nicht kennen. Eine wissenschaftliche Weltgeschichte vom sozialistischen oder auch nur radikalen Standpunkt giebt es leider bisher nicht.

Scheidungsgrund. Rinderohlgeld ist nur dann ein Scheidungsgrund, wenn dieselbe auf Verschulden eines Ehegatten beruht. Scheidung unüberholer Ehegatten auf Grund gegenseitiger Einwilligung ist seit dem 1. Januar 1900 unzulässig. — **H. S. Ja.** Sie müssen aber beweisen, daß erst jetzt die Folgen sich bemerkbar gemacht haben. — **J. S. 1.** Rein, aber an den Magistrat. Da Sie keinen Nachweis führen können, wäre auch das nutzlos. — **S. Ja.** aber der Eigentümer kann intervenieren. — **Ja. 4.** Rein. — **S. 34.** 1. und 2. Ja. Ja, falls beide Parteien in derselben Gemeinde wohnen. 4. Die Klage muß innerhalb der drei Monate bei Gericht eingereicht sein. — **S. S. 100. Rummelsburg.** Seit dem Jahre 1870.

— **H. S. 101.** Sie sind nicht zur Zahlung verpflichtet. Teilen Sie dies und ferwer dem Gemeindevorstand mit, daß Sie Ihr Auerkenntnis zurückziehen, weil es auf Irrtum beruht und nur bedeuten sollte, daß Sie Zahlung leisten wollen, falls Sie zur Zahlung verpflichtet wären. — **S. S. 70.** 1. Ihre Sachen hatten nicht für die Schulden Ihres Mannes. Wenn gehandelt werden sollte, müßten Sie Interventionsklage erheben. 2. Das Gehalt Ihres Mannes kann so weit wegen Alimente für arbeitsfähige Kinder mit Beschlag belegt werden, als es das zum handhabungsfähigen Unterhalt Ihrer Familie erforderliche übersteigt. — **H. S. Rein.**

— **C. M. 1.** Wenn, was durchaus möglich, angenommen wird, Sie haben geglaubt, über die Sachen verfügen zu können, weil Sie Eigentümer der Frau geworden seien, wenn schon die Sachen nicht voll bezahlt waren, so müssen Sie freigegeben werden. Die Auforderung des Veräußerers, daß Sie in der angegebenen Weise amonizieren sollten, weiß darauf hin, daß in der That Ihre Frau Eigentümerin geworden war. Wird nicht angenommen, daß Sie in gutem Glauben gehandelt haben, so wird eine Bereinigung wegen Unterabfertigung aber schwerlich zu mehr als etwa 50 Mark werden. Ihre Frau hat nicht. — **H. S. 1.** Ihr Vertrag gilt auf einen Monat und kann bis am fünfzehnten jeden Monats zum ersten des folgenden gekündigt werden.

— **S. S. 122.** Der Magistrat ist hierzu berechtigt. — **Malack. 10.** 1. Ein Inhaber verliert durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande seine Staatsangehörigkeit. Die 10 Jahre werden vom Ablauf des Passes ab gerechnet. 2. und 3. Ja. 4. Die Naturalisation ist schwierig, hängt von dem Willen der Polizeibehörde ab, an die Sie sich zu wenden haben, und wird auf Grund einer Bereinbarung vom Jahre 1884 Ungarn nur erteilt, wenn diese ihre vorherige Entlassung aus dem dortigen Staatsverband nachgeprüft haben. — **H. M. 1.** Wenn Sie der Erbchaft nicht entzagt haben: ja. 2. Rein. 3. und 4. Rein. Das Recht im Belieben des Gläubigers. — **S. S. 100.** Außer den von Ihnen angeführten Umständen ist noch die Sterberkunde Ihres Mannes und Ihre Elternkunde erforderlich. — **S. S. 1.** Ja. 2. Kleine Geldstrafe wegen unterlassener Meldung.

Bl. und No. Schriftliche Antwort zu erteilen können wir ob. Wenn die für Vermittlung einer Stelle gezahlte Gebühr zu hoch ist, so kann durch Klage die Herabsetzung dieser Gebühr herbeigeführt werden. (Arbeiterrecht S. 31, 426 und Art. 318.) Hat der Vermittler versäumt, daß Sie entlassen werden, so hat er keine Gebühr zu verlangen und Ihnen überdies Schadenersatz zu zahlen. Tragen Sie Ihren Fall Ihrer Gewerkschaft vor und klagen dann mit Hilfe derselben auf Rückzahlung des gezahlten Teils der Vermittlungsgebühr und auf Schadenersatz.

Aelter Abkommen. So. Wenn im Mietvertrag vereinbart ist: 3 Monate und 3 Tage vor Ablauf des Vertrags ist zu kündigen, so muß für die Kündigung am 27. Juni der Mieter im Besitz der Kündigung sein. Eine spätere Kündigung ist wirkungslos, eine frühere aber durchaus zulässig. — **Noahis.** Soweit erichtlich ist Ihnen nur angekündigt, daß die Miete gekündigt werden soll, Sie sind aber nicht gekündigt. Sollten Sie gekündigt sein, so müßten Sie die Wohnung wieder verlassen und die Kündigung abgeben. — **Streitig.** Haben Sie am 18./2. 1900 die Forderung anerkannt und waren damals bereits über 21 Jahre, so ist die Forderung nicht mehr einsehbar und nicht verjähr. — **S. A.** Ohne Rücksicht in das Statutenbuch der Kasse läßt sich Ihre

Frage nicht beantworten. Das Statutenbuch müßten Sie sich also anschauen. Aus dem Statutenbuch muß hervorgehen, ob Sie sich an die Aufsichtsbehörde oder an den Vorstand wenden können. — **W. M. 35.** 1. und 2. Ja. — **P. 2.** Hat Ihr Junge an dem Scheidenunfall nicht schuld, so haften weder er noch Sie. — **S. A. G.** Die Schulpflicht endet in unseiner Provinz erst dann, wenn das Kind den Entlassungschein erhält. Wird es im Herbst 14, so muß es dennoch bis zum Ende des Jahres am Schulunterricht teilnehmen, falls es nicht auf Antrag des Vaters seitens der Schulverwaltung früher entlassen wird. — **W. G. Ja.** — **J. 2.** Ihr Wirt hat kein Recht die Abschaffung Ihres Hundes zu begehren, da er vorbehaltlos mündlich die Genehmigung zum Halten des Tieres erteilt hat. Wenn im Vertrage auch steht, es bedürfe schriftlicher Genehmigung, so genügt die einmal ohne Vorbehalt des Widerrufs erteilte mündliche Genehmigung. Eine Verurteilung auf den Buchstaben des Vertrags ist in solchen Fällen zweifellos ein vom Gesetz (§ 137 G.) zurückgewiesener, von seinem Richter zu beachtender Verstoß gegen Treu und Glauben. Nicht der Buchstabe, sondern der Sinn, die Absicht, der Wille, der Parteien ist das Entscheidende für die Auslegung eines Vertrags. Der Grundgedanke von Treu und Glauben verlangt dem den Rechtscharakter, der seinem Versprechen Treu und Glauben nicht bewahrt, den vertrauensvollen Glauben des andern täuscht und sich auf geschäftliche gewöhnliche Verhältnisse des Vertrags beruft. Das gilt insbesondere gegenüber den tyrannischen Vorschriften eines Mietvertrags. — **W. M., Reichsbergerstraße.** Rein.

Woch. 1. Rückerstattung der Liebesmarken. Bei Trüge an junge Ehefrauen. Die Hälfte der für die Invalidenversicherung geleisteten Beiträge können Frauen erstatlet verlangen, wenn sie in den Ehestand eintritten, bevor ihnen eine eine Alters- oder Invalidenrente bewilligende Entscheidung zugestiftet ist. Voraussetzungen sind: 1. Es müssen mindestens 200 Markten vor Eintragung der Ehe geleistet sein. 2. Der Erstattungsantrag muß innerhalb eines Jahres nach dem Tode der Verheirateten geltend gemacht werden. Mit der Erstattung erlischt die durch die Zahlungen erworbenen Ansprüche auf Alters- oder Invalidenrente. In vielen Fällen, in denen die Ehefrau weiterarbeitet oder in denen die Möglichkeit einer Selbstversicherung gegeben ist, ist es deshalb praktischer, den Antrag auf Rückerstattung nicht zu stellen, sondern weiter zu versichern. Der Antrag auf Erstattung der Beiträge ist bei der unteren Verwaltungsbehörde oder bei der Rentenkasse des Wohnorts oder des letzten Beschäftigungsorts oder bei der von der Landes- oder Zentralbehörde bestimmten Behörde anzubringen. In Berlin sind solche Anträge an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Breitestr. 24, schriftlich zu richten oder dort zu Protokoll zu erklären. Beizulegen sind die Heiratsurkunde und die Liebesmarken. 2. Eine Weiterversicherung (freiwillige Fortsetzung der Versicherung) ist zulässig; es dürfen nicht mehr Markten geleistet werden, als die Wochenzahl beträgt, für die versichert wird. Die Lohnklasse für die Weiterversicherung kann die Betreffende sich wählen. 3. Den Antrag auf Erstattung der verloren gegangenen Beschuldigungen richten Sie an die Polizeibehörde.

Theater. Freitag, den 20. Juni.

Cyrenhaus. Die Heilige Cavalleria Rusticana. Abends 8 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schanzengarten. Kabale und Liebe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Rameau's. Anfang 8 Uhr.

Am Trianon-Theater. Leben und Lieber. Anfang 7 1/2 und 9 Uhr.

Schiller. (Wortlich-Oper) Sigaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Johannistag. Anfang 8 Uhr.

Leffing. Ransell Tourbillon. Anfang 8 Uhr.

Berliner. Der Janapfel. Aus der komischen Oper. Mitten in der Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichens. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Schloß des Westphalen. Einmaliges. Die goldene Bräute. Anfang 7 1/2 Uhr.

Wehen. Robert und Bertram oder: Die lustigen Jagdehunden. Anfang 8 Uhr.

Excelsiorbühne. Santes Theater. Lieberbrot. Anfang 8 Uhr.

Central. Die Weibchen. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Geschloffen.

Carl Weiss. Geschloffen.

Witten. Geschloffen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Geschloffen.

Delke Alliance. Die Schwärze. Das Verprechen hinterm Heeb. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 7 1/2 Uhr.

Palazzo. Spezialitäten-Vorstellung. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Palazzo Theater. Damen-Ring-Kämpfe Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 4 Uhr.

Reichshallen. Sintiener Sänger. Anfang 8 Uhr.

Hrania. Tantenstr. 48/49. (Am Theaterplatz) Abends 8 Uhr. In kleinen Vereinen: Materische Wanderungen durch die Reich Brandenburg. 2. Teil. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

Schiller-Theater. (Wagner-Theater). — Abends 7 1/2 Uhr: — **Der Geier.** Große Oper in 4 Akten v. Wolfgang Amadeus Mozart. Sonnabendabend 7 1/2 Uhr: **Undine.** Sonntag nachmittags 3 Uhr: bei halben Preisen: **Der Freischütz.** Sonntagabend 7 1/2 Uhr: **Die Hugenotten.**

Central-Theater. Eine Anfang 8 Uhr. — **Ein vollständig neuer Aufsatzung.** Zum 61. Male: **Die Geisha.** Operette in 3 Akten v. Edinzo Jones. Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.**

Carl Weiss-Theater. Nr. Frankfurterstr. 132. — **Eröffnung der Sommer-Oper.** — **Sonnabend, den 22. Juni:** **Der Troubadour.** Anfang 8 Uhr. Sonntag nachmittags 3 Uhr erste Nachvorstellung: **Der Walfischschmid.** Preise für alle Plätze der Volksvorstellung 60 Pf. Die Eintrittskarten sind an der Kasse aus einer Urne gezogen.

Metropol-Theater. Freitag, den 21. Juni: Ringkämpfe **Hitzler-Gambier.** — !! Bis zur Entscheidung !! — **Cotich Mehemet-Petroff.** Koch-Sauerer. **Dns brillante Juni-Spezialitäten-Programm.** Anfang 8 Uhr. Hauchen überall gestattet.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: zu kleinen Preisen: **Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg II. Teil.** Invalidenstr. 57/62. **Tägl. Sternwarte.** Zoologischer Garten. Täglich ab 5 Uhr nachmittags: **Militär-Doppel-Konzert.** Entree 1 Mark. Ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. In der „Völker-Arena“: **Beduinen-Karawane.** Besichtigung des Bazars, Zelt-lagers, der Truppe; Eselreiten: 3-8 Uhr. **Schaustellungen der Beduinen mit Pferden, Dromedaren etc.** 4, 7, 8 Uhr. **Entree** direkt v. d. Strasse an d. Stadtbahn: 50 Pfennig, Kinder 25 Pf. Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: zu kleinen Preisen: **Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg II. Teil.** Invalidenstr. 57/62. **Tägl. Sternwarte.**

Zoologischer Garten. Täglich ab 5 Uhr nachmittags: **Militär-Doppel-Konzert.** Entree 1 Mark. Ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. In der „Völker-Arena“: **Beduinen-Karawane.** Besichtigung des Bazars, Zelt-lagers, der Truppe; Eselreiten: 3-8 Uhr. **Schaustellungen der Beduinen mit Pferden, Dromedaren etc.** 4, 7, 8 Uhr. **Entree** direkt v. d. Strasse an d. Stadtbahn: 50 Pfennig, Kinder 25 Pf. Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Castans Panopticum. Neu! Neu! Neu! Der Champion aller Billardkünstler **Prof. Léon Goffard** aus Bruxelles tritt täglich auf um 1/2 12 Uhr vorm., 3, 7, 8 Uhr nachm. **Lebende Photographien, die eiserne Jungfrau usw.**

Apollo-Theater. Täglich mit kolossalem Erfolge: **Frau Luna** mit dem Luftball „Origolattis“. Ferner: **10 sensationelle Spezialität.** Gartenkonzert 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. **Schweizergarten.** Am Königsthor. Am Friedrichshain. Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.** Volksbelustigungen aller Art. Jeden Abend 10 Uhr: **Moderne Don Juans.**

Puhmanns Vaudeville-Theater. Schönhäuser-Allee 148. Täglich: **Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** Nur Kräfte ersten Ranges. **Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!** **Susanne im Bade.** Große Aufsatzung-Operette. Anfang: Wochentags 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr. **H. Lehmann, Direktor.**

Gossmann-Konzertgarten. Kreuzbergstr. 48, an der Rathausstraße. Jeden Sonntag gr. Frei-Konzert und Ball. Montag und Donnerstag Ham-burger Sänger (Stein), Bohmer, Willi Wolf usw. Jeden Freitag Norddeutsche Sängler. Bei ungünstiger Witterung im Saal. Nachher Kränzchen.

Reichshallen Steffiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Sonntag, 20. Juni: **Abchieds-Soiree.**

Prater-Theater. Kastanien-Allee 79. Täglich: **Aus dem Volke.** Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Auftreten der Excentric-Chansonnette Hedwig Böling, des Grottesque-Komikers Paul Coradini, der Gebrüder Damm, Altkaboten, The Garays, Kab-fahrer, Mr. Bartlings lebende Photo-graphien. Konzert und Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf. Nummerierter Platz 60 Pf. **Kalbo.**

W. Noacks Theater. Schumannstraße 16. Täglich im Garten: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** „Amor“ der macht es. Operette-Burleske von W. Verste. Musik von R. Schmidt. Im Saal: **Tanzkränzchen.**

W. Münzers Ball-Salon und Garten **Rixdorf.** Kurfürst 113, Hermannstr. 119, empfängt seinen Saal (600 Personen fassend) und schönen **Natur-Garten** zu Festlich-keiten und Versammlungen. **Jeden Sonntag: BALL.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband. (Verwaltungsstelle Berlin). Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Sonnabend, den 22. Juni: **10 jährige Stiftungs-Feier** im Etablissement „Seeterrasse“, Lichtenberg, Röderstr. 6. Großes Sommerachts-Fest. Großes Doppel-Konzert. Spezialitäten-Vorstellung. Großes Land- und Wasser-Rezevier. Kinder-Fußballturniere. Auftritte der Turnvereine Mr. Cronje-Boston und Donna Erlonia. Belohnung für Brillant-Feuerwerk auf dem 70 Meter hohen Turmsteif über dem See. 4 Regeldampfen. Gondelfahrt auf dem See. Vergnügungs-part. **Jedes Kind erhält eine Stoflaterne gratis.** In beiden Sälen: **Grosser Ball.** Herren zahlen 30 Pf. nach. Beginn des Festes 5 Uhr nachmittags. **Billetts** zum Preis von 20 Pf. sind bei allen Kassierern, Zahlstellen-Inhabern, sowie im Verbandsbureau erhältlich. **Verbindungen:** Eisenbahn-Stationen: Frankfurter-Allee und Lands-berger-Allee. Mit der elektrischen Straßenbahn: Spielmarkt-Central-Biehof—Eisenbahnstraße u. Moritzplatz—Central-Biehof—Landsberger-Allee. **Abendkasse findet nicht statt.** Wegen des Sommerfestes fallen die Beitragssummen in den Zahlstellen am Sonnabend, den 22. Juni, nicht. Das Verbandsbureau bleibt am Nachmittag geschlossen.

Centralverband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle Berlin II. * Bezirk Süd-Ost. Dem Vergütungs-Komitee sind nachweislich 100 Billets zum Sommerfest für den Süd-Osten zum 27. Juli bei Akten (Spesenbeide) abhandeln gekommen. Wir erklären dieselben für ungültig und er-luchen die Mitglieder, die Personen, welche diese Billets (Nr. 401-500) zum Kauf anbieten, schärfsten und uns deren Adressen zu übersmitteln. **Das Vergütungs-Komitee.** J. H.: **Joh. Petzold, Rautenschiffstraße 120.** Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Sonntag, den 23. Juni 1901: **Dampfer-Partie mit Musik nach Hensenwinkel.** Fahrkarten a 1.25 M. sind bei Bah. Holzmarktstr. 61; Kurfürst, Grüner Weg 4; Reimer, Andreasplatz 3; Olsh, Rudowestr. 33; Hitz, Prinzenstr. 68, sowie morgens an **Vord** zu haben. 1901b **Abfahrt** früh 7 Uhr An der Stralauerbrücke 5 (Rahm u. Perzer).

Reichshallen Steffiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Sonntag, 20. Juni: **Abchieds-Soiree.**

Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. In schattiger Sommergarten: **Täglich: Internationale Künstler-Konzerte.** Die Boeren-Kapelle. Neapolitanische-Kapelle, Sacco, Wiener Damen-Kapelle Raymond Theater-Abteilung (Künstler-Variété) erstklass. Spezialitäten. Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner“. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

Sanssouci. Im Garten: **Täglich: Hoffmann-Nord-Sänger und Konzert.** Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr. Wochentags 6 Uhr, d. Soiree 8 Uhr. **Entree 30 Pf.** Sonntag, Montag und Donnerstag: **Tanzkränzchen.** Wochentags Vereinsbillets gültig. **Tanz frei.**

Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71. **Hermann Imbs.** **Täglich:** **Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**

A. Stippekohls Restaurant Köpenick, Schönelerstr. 5. Arbeiter-Verkehrsalal. Für gute Speisen u. Getränke in beländig geforgt.

Elektra. **Neuer Abendkursus** für Elektrotechnik und Montage. 4. Juli. Keine Vorkenntnisse. Anmeldeungen schonig **Neander-Strasse 4.** Prospekt gratis.

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (E. G. M. B. H. Nr. 3 Hamburg.) (Oertl. Verwalt. Berlin O. Noabit.) **Sonntag, den 23. Juni cr.** vormittags 10 Uhr. **in Ahrens Brauerei,** (N. Saal) Turmstr. 25/26. **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Mitteilung der zur Generalversammlung gehaltenen Anträge. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Wahl der Ortsverwalter u. eines Aufnahme-Komitees. 4. Die Apothekenfrage und Kohlenangelegenheiten. 182/11 **Mitgliedsbuch legitimiert.** Um recht zahlreiches u. pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (E. G. M. B. H. Nr. 3 Hamburg.) **Bezirk Berlin F.** **Sonntag, den 23. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung** bei Neumann, Brunnenstr. 160. **Tages-Ordnung:** 1. Mitteilung des Inhalts und Begründung der Ortsverwaltung. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Wahl der Aufnahme-Komitees. 4. Verschiedene Kohlen-Angelegenheiten. 183/6 **Mitgliedsbuch legitimiert.** Wegen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige. Allen Verwandten und Genossen zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Mahilde Nitschke** geb. Kunst am 19. ds. Mts. nach langem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. ds. nachm. 3 Uhr, vom Krankenhaus Urban aus nach dem lathol. Kirchhof (Weissenhof) statt. Die trauernden Hinterbliebenen **Friedrich Nitschke,** Maurer, Odersbergerstr. 9, IV.

Dankagung. Allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen von Böbling u. Tisch und dem Gesangsverein „Liebesfreunde“ sage ich meinen besten Dank für die herzliche Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau. **Theodor Schulz,** 1905b

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (E. G. M. B. H. Nr. 3 Hamburg.) **Bezirk Berlin F.** **Sonntag, den 23. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung** bei Neumann, Brunnenstr. 160. **Tages-Ordnung:** 1. Mitteilung des Inhalts und Begründung der Ortsverwaltung. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Wahl der Aufnahme-Komitees. 4. Verschiedene Kohlen-Angelegenheiten. 183/6 **Mitgliedsbuch legitimiert.** Wegen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: **Sitzung der Orts-Verwaltung.**

Central-Verband der Zimmerer. Zahlstelle Berlin. **Sonntag, den 23. Juni 1901, vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung** in den Remishallen, Kommandantenstraße 20. **Tages-Ordnung:** 1. Die Gewerkschaften einst und jetzt. Referent: Genossin Fräulein Imke. 2. Disziplin. 3. Verschiedenes. 254/9 **Um besonders zahlreiches Erscheinen zu dieser Versammlung ersucht Der Vorstand.**

Verein deutscher Schuhmacher. **Sonntag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung der Schäfte-Arbeiter u. Arbeiterinnen** im Lokale des Herrn Souer, Rosenthalerstr. 57. **Tages-Ordnung:** 1. Vortrag des Herrn G. Kogke über: Schutzfuß oder Freihandel. 2. Disziplin. 3. Verschiedenes. **Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.**

Schöneberg. **Socialdemokratischer Wahl-Verein.** **Sonntag, den 23. Juni: II. Stiftungs-Fest** in den gesamten Räumen der Obstischen Festsäle, Reisinger- und Martin Lutherstrassen Ecke, in der Nähe der Straßenbahn-Depots. **Konzert, Theateraufführungen, Tanz, Kinderfestschmaus etc.** **Festrede** gehalten vom Genossen **Herrn Schubert.** **Entree** 20 Pf., Tanz 30 Pf. Anfang 4 Uhr. 15/9 **Die Kaffeekeule** ist von 3 Uhr ab geöffnet. **Garderober** 10 Pf. **Jedes Kind** erhält zum Empfang der Stoflaternen eine Marke. **Ein** recht zahlreiches Beteiligung nicht entgegen **Der Vorstand.**

Konsum-Verein Berlin-Rixdorf. (E. G. M. B. H.) **Den Mitgliedern bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß die I. diesjährige Generalversammlung am Freitag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in „Sanssouci“, Rottbuefstraße 4a, stattfindet.** **Tages-Ordnung:** 1. Bericht des Aufsichtsrats und des Vorstandes. 2. Anträge. 3. Erwählungen. 4. Verschiedenes. **Die Verwaltung.** J. K.: **Hoed.**

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (E. G. M. B. H. Nr. 3 Hamburg.) **Bezirk Berlin F.** **Sonntag, den 23. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung** bei Neumann, Brunnenstr. 160. **Tages-Ordnung:** 1. Mitteilung des Inhalts und Begründung der Ortsverwaltung. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Wahl der Aufnahme-Komitees. 4. Verschiedene Kohlen-Angelegenheiten. 183/6 **Mitgliedsbuch legitimiert.** Wegen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (E. G. M. B. H. Nr. 3 Hamburg.) **Bezirk Berlin F.** **Sonntag, den 23. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung** bei Neumann, Brunnenstr. 160. **Tages-Ordnung:** 1. Mitteilung des Inhalts und Begründung der Ortsverwaltung. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Wahl der Aufnahme-Komitees. 4. Verschiedene Kohlen-Angelegenheiten. 183/6 **Mitgliedsbuch legitimiert.** Wegen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (E. G. M. B. H. Nr. 3 Hamburg.) **Bezirk Berlin F.** **Sonntag, den 23. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung** bei Neumann, Brunnenstr. 160. **Tages-Ordnung:** 1. Mitteilung des Inhalts und Begründung der Ortsverwaltung. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Wahl der Aufnahme-Komitees. 4. Verschiedene Kohlen-Angelegenheiten. 183/6 **Mitgliedsbuch legitimiert.** Wegen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (E. G. M. B. H. Nr. 3 Hamburg.) **Bezirk Berlin F.** **Sonntag, den 23. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung** bei Neumann, Brunnenstr. 160. **Tages-Ordnung:** 1. Mitteilung des Inhalts und Begründung der Ortsverwaltung. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Wahl der Aufnahme-Komitees. 4. Verschiedene Kohlen-Angelegenheiten. 183/6 **Mitgliedsbuch legitimiert.** Wegen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (E. G. M. B. H. Nr. 3 Hamburg.) **Bezirk Berlin F.** **Sonntag, den 23. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung** bei Neumann, Brunnenstr. 160. **Tages-Ordnung:** 1. Mitteilung des Inhalts und Begründung der Ortsverwaltung. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Wahl der Aufnahme-Komitees. 4. Verschiedene Kohlen-Angelegenheiten. 183/6 **Mitgliedsbuch legitimiert.** Wegen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (E. G. M. B. H. Nr. 3 Hamburg.) **Bezirk Berlin F.** **Sonntag, den 23. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung** bei Neumann, Brunnenstr. 160. **Tages-Ordnung:** 1. Mitteilung des Inhalts und Begründung der Ortsverwaltung. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Wahl der Aufnahme-Komitees. 4. Verschiedene Kohlen-Angelegenheiten. 183/6 **Mitgliedsbuch legitimiert.** Wegen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (E. G. M. B. H. Nr. 3 Hamburg.) **Bezirk Berlin F.** **Sonntag, den 23. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung** bei Neumann, Brunnenstr. 160. **Tages-Ordnung:** 1. Mitteilung des Inhalts und Begründung der Ortsverwaltung. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Wahl der Aufnahme-Komitees. 4. Verschiedene Kohlen-Angelegenheiten. 183/6 **Mitgliedsbuch legitimiert.** Wegen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Bekanntmachung an die Mitglieder der Krankenkassen mit freier Arztwahl. Achtung!

Nachdem die Apothekendirektoren unter dem 20. d. Mts. den Krankenkassen den Kredit entzogen haben, sehen die unterzeichneten Vorstände sich veranlaßt, den Kassemitgliedern folgendes bekannt zu geben:

Da die Apotheken den Kassemitgliedern Arzneimittel ohne Bezahlung nicht verabfolgen, ersuchen wir die Mitglieder, den Betrag für das aus einer Apotheke zu entnehmende Arzneimittel zu verauslagern und dann das Rezept dem nächsten in dem Verzeichnis aufgeführten Droguengeschäft oder im Kassensbureau zu präsentieren, wo ihnen der verauslagte Betrag zurückerstattet werden wird. Mitglieder, die nicht in der Lage sind, das Geld zu verauslagern, erhalten in denselben Droguengeschäften gegen Caution den notwendigen Vorschuß, sie müssen jedoch nach Abholung des Medikaments aus der Apotheke das gestempelte Rezept und den Restbetrag des Vorschusses gegen Rückzahlung der Caution dem betreffenden Droguisten aushändigen. Zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten hat die Rücklieferung möglichst noch an demselben Tage zu geschehen.

Zur Lieferung von Arzneimitteln sind auf Grund des § 26a Abs. II Ziff. 2b des Krankenversicherungsgesetzes nur die folgenden Apotheken zugelassen:

- | | |
|--|--|
| <p>Centrum: Apotheke zum schwarzen Adler, Königstr. 51.
Fortuna-Apotheke, Dragonerstr. 6a. Löwen-Apotheke, Jerusalemstr. 30. Kommandanten-Apotheke, Seydelstr. 16.</p> <p>Westen: Humboldt-Apotheke, Potsdamerstr. 29. Carbarossa-Apotheke, Kurfürstendamm 1. Kurfürsten-Apotheke, Genthinerstr. 20. Pallos-Apotheke, Goltzstr. 23. Wittes Apotheke, Potsdamerstr. 84a. Engel-Apotheke, Kanonierstr. 44.</p> <p>Süd-Westen: Johanniter-Apotheke, Plan-Ufer 11. Kreuzberg-Apotheke, Belle-Alliancestr. 75. Auguste Victoria-Apotheke, Königsgräberstr. 52. Apotheke zum goldenen Einhorn, Smeisenaufstraße 92. Anhalter-Apotheke, Poststr. 18.</p> <p>Süden: Apotheke zur Sonne, Pringenzstr. 102. Apotheke zum Schwan, Oranienstr. 148. Urban-Apotheke, Urbanstr. 118. Hohenhausen-Apotheke, Voelckstr. 80.</p> <p>Süd-Osten: Neander-Apotheke, Neanderstr. 29. Görlinger-Apotheke, Görlingerstr. 48. Adalbert-Apotheke, Adalbertstr. 16. Emmaus-Apotheke, Reichenderferstraße 150. Springers Apotheke, Mantelstr. 105. Apotheke am Schließigen Thor, Staligerstr. 72.</p> <p>Osten: Grabis Apotheke, Stralauer Platz 20. Krugs Apotheke, Jorndorferstr. 53. Reichsadler-Apotheke, Große Frankfurterstr. 184. Blumen-Apotheke, Blumenstr. 73. Stern-Apotheke, Fohsenstr. 7. Nord-Osten: Apotheke zum schwarzen Adler, Neue Königstr. 50. Apotheke zu den Frankfurter Linden, Gr. Frankfurterstr. 108. Siegfried-Apotheke, Greifswalderstraße 10. Deutsche Apotheke, Büchsenstr. 15.</p> <p>Norden: Prinzen-Apotheke, Prinzen-Allee 69. Nord-Apotheke, Schulstr. 1. Prinzessin Victoria Louise-Apotheke, Vollastraße 44. Apotheke zum gekrönten schwarzen Adler, Auguststr. 60. Zions-Apotheke, Anhalterstr. 36. Gustav Adolf-Apotheke, Koloniestr. 1. Nordhafen-Apotheke, Fennstr. 31. Cornelia-Apotheke, Schönhauser Allee 56. Marien-Apotheke, Wörtherstr. 40. Grüne Apotheke, Chaussee-straße 19.</p> <p>Nordwesten: Roland-Apotheke, Turmstr. 16. Diana-Apotheke, Turmstr. 28. Roabiter Apotheke, Alt-Roabit 18. Jellers</p> | <p>Apotheke, Lübeckerstr. 32. Schäfer-Apotheke, Alt-Roabit 35. Kronprinzen-Apotheke, Hinderstr. 1. Stephan-Apotheke, Stendalerstr. 11. Polnische Apotheke, Mittelstr. 86. Phönix-Apotheke, Birkenstr. 6. Beussel-Apotheke, Beusselstr. 55.</p> <p>Charlottenburg: Friedrich Wilhelm-Apotheke, Leibnizstr. 80. Pestalozzi-Apotheke, Kaiser Friedrichstr. 61 B. Umland-Apotheke, Kantstr. 151. Hof-Apotheke, Berlinerstr. 71. Falken-Apotheke, Potsdamerstr. 81.</p> <p>Schöneberg: Pallos-Apotheke, Goltzstr. 23. Rixdorf: Reichsadler-Apotheke, Vergstr. 18. Berg-Apotheke, Hermannstr. 146.</p> <p>Lichtenberg: Lichtenberger Apotheke, Dorstr. 41a. Groß-Lichterfelde: Adler-Apotheke, Drakestr. 50. Steglitz: Apotheke von Rah, Albrechtstr. 19. Weihensee: Flora-Apotheke, König-Chaussee 9. Neu-Weihensee: Sonnen-Apotheke, Langhausstr. 82.</p> <p>In Ostschiffen, welche nur eine einzige Apotheke besitzen, kann diese nach wie vor benutzt werden.</p> |
|--|--|

Die Mitglieder dürfen, abgesehen von dringenden Fällen, Arzneimittel aus andern als den vorbezeichneten Apotheken nicht entnehmen. Rezepte, die dennoch in einer nicht zugelassenen Apotheke angefertigt sind, werden von den Kassen nicht bezahlt. Die aus Droguengeschäften zu beziehenden Medikamente erhalten die Mitglieder nach wie vor von den zur Lieferung zugelassenen Droguisten ohne weiteres gegen Abgabe des vom Arzte unterschriebenen gelben Rezeptformulars ausgehändig. Die den Apotheken vorbehaltenen Medikamente (weiße Rezeptformulare) werden von

der Kaiser Wilhelm-Apotheke (Apotheker Wente), NO., Landsbergerstr. 3; der Sedan-Apotheke (Apotheker Dr. Wedel), Schöneberg, Sedanstr. 3, auch ferner auf Kredit geliefert. In ihrem eignen Interesse werden daher die Kassemitglieder gebeten, soweit angängig, diese Apotheken zu bevorzugen. Das Verzeichnis der Droguengeschäfte wird den Mitgliedern in den Kassenlokalen bzw. Betriebswerkstätten verabfolgt. Berlin, den 20. Juni 1901.

Die Vorstände

- | | |
|--|--|
| <p>1. Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen.
R. Weiche, Vorsitzender.</p> <p>2. Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte etc. beschäftigten Personen.
F. Cohn, B. Döhe.</p> <p>3. Orts-Krankenkasse der Dachdecker.
W. Krebs.</p> <p>4. Orts-Krankenkasse der Drechsler und verwandten Gewerbe.
W. Vinte, Vorsitzender.</p> <p>5. Orts-Krankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe.
E. Davidshäuser, Vorsitzender. E. Kabe, Schriftführer.</p> <p>6. Orts-Krankenkasse der Schuhmacher, Schuhputz- und Filzwarenverfertiger.
R. Kummert.</p> <p>7. Orts-Krankenkasse der Lackierer.
D. Runge.</p> <p>8. Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe.
A. Lübe, G. Papendorf.</p> <p>9. Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes.
A. Daehne, Vorsitzender. A. Kelpin, Schriftführer.</p> <p>10. Orts-Krankenkasse der Radler und Siebmacher.
R. Schmidt.</p> | <p>11. Orts-Krankenkasse der Schneider.
Frau Reimann, E. Jache.</p> <p>12. Orts-Krankenkasse der Stellmacher.
F. Joswili.</p> <p>13. Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.
D. Döring, Vorsitzender.</p> <p>14. Orts-Krankenkasse der Uhrmacher.
G. Laetich, D. Bröter.</p> <p>15. Orts-Krankenkasse der Vergolder, Goldschläger und Berufsgenossen.
E. Voges, F. Wilmann.</p> <p>16. Orts-Krankenkasse für Tempelhof und Umgegend.
D. Runge, D. Ries.</p> <p>17. Betriebs-Krankenkasse der Firma Th. Silberbrand u. Sohn.
J. Dreßel.</p> <p>18. Betriebs-Krankenkasse „Union“ Elektrizitäts-Gesellschaft.
D. Binagel, E. Malinowski.</p> <p>19. Hilfs-Krankenkasse der Xylographen.
R. Michaelis.</p> |
|--|--|

Max Klems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Künstliche Leitung: Paul Mühlitz. (16492)

Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Die Kasseöffnungszeiten sind täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

2 hochelegante Regalbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenhand etc.

Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:

Familien-Kränzchen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntagmittag 11 1/2 Uhr: Kartbuser Brände nach Rixdorf, Anlechtsstraße (Münzers Salon), Angehörige in Rixdorf (Apollo-Saal).

GAU-FEST.

Kege Beteiligung erbeten. (12/8)

Röpenick.

Grünstrasse 48. Empfehle mein reichhaltiges Lager in fertigen Schuhwaren aller Art. Bestellungen u. Reparaturen in kürzester Zeit und bestmöglicher Weise.

W. Balke.

Besuchen Sie in den Cigarrenhandlungen häuslich

Unfer-Kautabak,

Ganz neu, in 5 und 10 Pf.-Schleifen. 17450

Generalvertrieb: Carl Röcker, Berlin, Berliner Weg 8. Amt 7, 3861

Brauerei K. Gregory,

Badstr. 67 u. Hochstr. 21-24, Defonon D. Popel.

Empfehle meine hocheleganten Säle, 300 Personen fassend, für Vereinsfeiern etc.

Im Garten: Gr. Freikonzert.

Charlottenburg.

N. Schmerberg (12492)

Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.

Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen. Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos geschliffen.

Kinderwagen-Bazar „Baby“.

1. Invalidenstr. 160, an Brunnenstrasse.
2. Oranienstr. 31, an Adalbertstrasse.
3. Belle-Alliancestr. 107, Bücherplatz.
4. Gr. Frankfurterstr. 115, an Androssstr.
5. Brunnenstr. 92, an Hügonerstrasse.
6. Reinickendorferstr. 24a, Wedding.
7. Besselerstr. 19, an Turmstrasse.
8. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.

9, 12-75 Mk. Sportwagen v. 4,50, 6,00-60 Mk. 8, 15-100 Mk. Riesenauswahl. Teilzahlung gestattet. (1561L) Bei größeren Raten Cassapreis. Liefer. des Post-Spar- u. Vorschussvereins.

Sportwagen, Bollerwagen, Vollerbetten, Kinderklappstühle, Triumphfähre, Krankenwagen für Erwachsene und Kinder, auch leichte, Eiserne Bettstellen in jeder Größe. Große Auswahl. Preise außerordentlich billig, auch Teilzahlung.

A. W. Schulz,

N. Brunnenstr. 95, vis-a-vis Dumboldbahn u. Bahnhof Gesundbrunnen.

Verkauf 2. Hof im Fabrikgebäude. Ruheraum gratis. 14280

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Reparation verkauft Bruchstr. 61. 731*

Deflation-Niederlage, viel Bier und Schnaps, jetzt billig. Kündstr. 24. 1906b

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 745*

Vorfähige elegante Herrenanzüge und Sommeranzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlanndamm Germania, Unter den Linden 21 II.

Spotbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontieruhren verkauft Weißhaus, Neanderstr. 6. 67/18*

Schlafsofa, rot, neu, billig wegen Umzug. Theer, Wasserhorststr. 16.

Kinderwagen. Sportwagen, Riesenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstr. 160, Frankfurterstr. 115, Oranienstr. 31, Belle-Alliancestr. 107, Reinickendorferstr. 24, a, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55. Teilzahlung gestattet. 647*

Kinderwagen Holzmarktstr. 46. 1906b

Kinderportwagen (portbillig, Androssstr. 23. 6518*

Neue und blaue Arbeitsanzüge, Hemden, Hüfen, Reisanterhaken, einzelne Hosen, außerordentlich billige Preise, verkauft Reiserhandlung Lange, Roabit, Turmstr. 84. 67/17*

Fahrrad zu verkaufen Laufgrabenstr. 23 bei Willf. 1933b

Radfahrer. Wer sich ein billiges Fahrrad sowie Herren-, Damen- und Kinderfahrräder kaufen will, wende sich an die Berliner Einlaufs-Gesellschaft, Berlin, Marchstraße 19. 795*

Teppiche mit Farbenbildern, Bodenüberlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 745*

Radmaschinen. Adler, Krano, Schneidäder, Ringschiff, sowie Boock- und Bringsmaschinen auf Teilzahlung. Krieg, Staligerstr. 136. 6856*

Radmaschinen und Feuer-Verfugung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Kinderwagen Mittel, sehr leicht offeriert zur Zeit des Durchfalls zu ermäßigten Preisen. Hores-Drogerie Paul Wendt, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 242, beim Hermannplatz. 1646b

Steppdecken billige Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 745*

Edelreparation, sehr gute, zu verkaufen. In erlangen Bayreutherstr. 10 beim Poststr. 1933b

Restoration, gut gehend, möchte ich andrer Stellung wegen sofort billig verkaufen Katerstraße 93. (1932b

Junge Stiere eine Mart, lernen sprechen, pfeifen. 50 Vopogarten, junge grane, grüne, sprechend, fingerzahm, 25 Mark, Richter, Oranienstr. 87.

Restoration (sogar wegen Uebernahme eines Geschäfts zu verkaufen) Urbanstraße 66. 1947b

Vermischte Anzeigen.

Blas-Drucker Verein „Reinickendorfer“. Umzugs-Kunde Freitag, abends 9 Uhr, bei Handel, Gesellschaftstr. 11. Mitglieder willkommen. Der Vorstand. 1900b

Fransösisch (billig) Breitenstraße 6.

Englisch (billig) Breitenstraße 5.*

Christliche Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtsbescheide, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billig Franz Wildhagen, Curiburgerstr. 32, Obergebäude III.

Patentanwalt Dammann, Oranienstr. 57, Parterre. Erkundern kostenfreier Rat abends bis neun

Unfallischen Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puffer, Steglitzerstr. 60. 1909b

Rechtsbureau, Rechtschilfe, Katerstr. 11, Androssstr. 242, (1911b)

Rechtsbureau. Gewählter Jurist Prinzenstraße achtzig. 1927b

Kunstschere von Frau Kolodny Steinmeyerstraße 48.

Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2.50 Mark an. Rottmisch Gärerei, Androssstr. 78 parterre, Eisenbahnstraße 18

Ausrüstung eigener Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Harand, Kleine Frankfurterstr. 20.*

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertig Ferdinand Kleinert, W. Wilmsstr. 66, 2. Hof parterre. 2387b

Metallbruch aller Art laut Broderich, Oppelnerstraße 16. 1811b

Vereinsschreiber, Fachschreiber, Fernsprecher III 1755. F. B. Wilhelm Wilmanns, Bahnhofsstr. 14.

Vereinsschreiber, neu renoviert, Grünstraße 21, Weinstraße. 7148*

Große Vereinszimmer außer Donnerstags jeden Tag frei. Oranienstr. 133 parterre. 7108*

Giermit nehme ich die Befeldigung gegen Herrn Bray heimt zurück. Rich Richter, Fohrenstr. 92. 1944b

Ruhbaumobel, vollständige Einrichtung, sportbillig, auch einzeln, Gartenstraße 148, I Unte. 7135*

Kleine Wirtschaft, gut erhalten, umhändelbar privat. Fichtenstraße 15. Parterre. 68/30

Damenrad, noch wie neu, abreisefähig billig. Oranienstr. 88. Kies.

Möbel, gebrauchte, abreisefähig billig. Oranienstr. 88. Kies. (68/19

Vermietungen.

Fabrikräume, Doppellist, große, kleine und mittlere, unter günstigen Bedingungen zu vermieten. F. Simon, Michelfeldstr. 1. 7092*

Schlafstellen.

Schlafstelle für Herren Marktstraße 20, parterre. Döhrner. 795*

Möblierte Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, Adalbertstraße 64, vorn parterre. Wittig. 1945b

Freundliche Schlafstelle, separater, Oranien, Göttingerstraße 75, Durogebäude 4. 750

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Suche Beschäftigung, Frau Wölfe, Friedrichsgracht 16, 1 1/2 Treppen. 6816

Stellengebote.

Tüchtige Vermittler für Kranken- und Sterbefälle gesucht. Gläserstr. 92, II. (1905b

Frauen, Männer sofort gesucht. Ringendübelstr. Kleine Marktstraße 8. 1939b

Winsten Heppnerin, gebürt. auf einfache Sachen verlangt. Cohn, Voelckstr. 35. 1657b

Tüchtige Handnäherinnen auf Westen verlangt sofort. Pappert, Bernauerstraße 47 o. 750*

Gebürte Mann/Weib auf Juchend finden das ganze Jahr hindurch bei mir Beschäftigung. Preise 1.50 bis 2.00 Mark. Engros-Verkaufst. Rahmstr. Allee 80. 1651b

Am Arbeitsmarkt durch besonderen Ernst hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Lobende Redendenschriftung finden Redakteur bei volkwirtschaftliches Zeitschrift. Offerten unter F. V. J. 827 Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Achtung! Korbmacher.

Die Differenzen bei Schulz, Albrechtstr. 10, sind noch nicht beigelegt. Die Werkstatt ist bis auf weiteres gesperrt. 105/14

Kontrollkommission der Korbmacher.